

2 Die sozialwissenschaftliche Debatte

Obwohl die Menge der Publikationen zu Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den letzten Jahren stark angewachsen und inzwischen kaum noch zu überblicken ist, kann von einem gesicherten Wissens- und Diskussionsstand nicht die Rede sein. Das mag damit zusammenhängen, dass es sich beim ›Rechtsruck‹ um eine Entwicklung der unmittelbaren Gegenwart handelt, die noch nicht abgeschlossen ist. In gewisser Weise scheint der neue Rechtspopulismus *zu nah* zu sein, um adäquat bestimmt werden zu können. Hinzu kommt, dass es sich um einen hochgradig politischen und damit *politisierenden* Gegenstand handelt. Die Auseinandersetzung um die richtige Deutung des Rechtspopulismus ist selbst eine politische Angelegenheit. Deutlicher als bei anderen Forschungsgegenständen spiegeln sich in den unterschiedlichen Beschreibungen und Erklärungsansätzen die politischen Überzeugungen der jeweiligen Autor*innen. Die moralischen und politischen Urteile und Schlussfolgerungen, die in den Rechtspopulismus-Analysen enthalten sind, klingen in manchen Fällen nur an, in anderen werden sie offen ausgesprochen.

In diesem Kapitel geht es mir darum, eine kritische Überblicksdarstellung über die sozialwissenschaftliche Debatte zum Rechtspopulismus zu geben. Die Schwierigkeit eines solchen Vorhabens besteht darin, dass in dem Feld kaum ausgearbeitete Theorien und nur wenige gesicherte empirische Befunde vorliegen. Stattdessen stößt man auf eine Vielzahl von Ad-hoc-Thesen, abstrakten Erklärungsschemata, Kontroversen und viele offene Fragen und Widersprüche. Um die zentralen Thesen, Argumente und Erklärungsmuster dennoch auf eine einiger-

maßen strukturierte und übersichtliche Weise darstellen und diskutieren zu können, habe ich mich für ein stark typisierendes Ordnungsschema entschieden, das ich weiter unten noch erläutern werde. Auf die Darstellung folgt eine Kritik der meistdiskutierten Erklärungsansätze. Ich werde zeigen, dass die Ansätze, die eine Deutung des Rechtspopulismus als *Gesamtphänomen* zu geben beanspruchen, letztlich unbefriedigend bleiben, weil sie sich entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich mit den *Inhalten* rechtspopulistischer Weltbilder beschäftigen. Die Erklärungen, die an den Gegenstand herangetragen werden, bleiben ihm daher in wesentlichen Hinsichten äußerlich.

Zunächst einmal ist es wichtig, das Feld einzugrenzen und die Abstraktionsebene zu klären, auf der sich die im Folgenden diskutierten Ansätze bewegen und auf der auch mein eigener, im dritten und vierten Kapitel entwickelter Deutungsvorschlag angesiedelt ist. Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind für sich genommen keine neuen Phänomene. Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich schon seit Jahrzehnten mit ihnen. Worum es in der aktuellen Debatte geht, ist das in nahezu *allen* westlichen Demokratien zu beobachtende *Erstarken* der populistischen und extremen Rechten. Die Parteien und Bewegungen, die zunehmend an politischem Einfluss gewinnen und den gesellschaftlichen Diskurs prägen, sind teilweise neu entstanden, teilweise existieren sie schon länger. Insgesamt sind es aber weniger die einzelnen Akteur*innen und Diskurse, von denen viele bekannt sind, sondern die Gesamtentwicklung, die als ein Phänomen von neuer Qualität wahrgenommen wird. Das führt dazu, dass Fragen nach der Attraktivität rechter Politikangebote neu gestellt und teilweise neue Erklärungsansätze gesucht werden.

Im Kern dreht sich die Debatte um zwei Fragen: *wie* lassen sich die neuen rechten Kräfte beschreiben und beurteilen und *warum* gewinnen sie in den westlichen Demokratien *gegenwärtig* so stark an Einfluss? Weil es sich um eine umfassende Entwicklung handelt, werden beide Fragen auf einem hohen Abstraktionsniveau behandelt. Die erste Frage lautet dann, welche *Merkmale* die neuen rechten Parteien und Bewegungen in den verschiedenen Ländern verbinden. Was sind die Gemeinsamkeiten, die es ermöglichen, sie als Teile eines zusammenhängen-

den Phänomens zu verstehen? Die Begriffe Populismus und Rechtspopulismus versuchen, darauf eine Antwort zu geben. Die zweite Frage lautet, was die allgemeinen gesellschaftlichen *Ursachen* für den Erfolg des Rechtspopulismus sind. Zwar gibt es zahlreiche Arbeiten, die sich auf ein Land, eine Partei oder Bewegung konzentrieren und entsprechend auch länderspezifische Erklärungsfaktoren anführen. Der Fokus der aktuellen Debatte liegt aber auf dem Gesamtphänomen und den allgemeinen Ursachen. Denn nur über *allgemeine* Ursachen lässt sich erklären, warum es in Ländern, die sich hinsichtlich ihrer Geschichte, Kultur und ihrer politischen und ökonomischen Institutionen unterscheiden, zu ähnlichen Entwicklungen kommt.

Meine Darstellung der sozialwissenschaftlichen Debatte um den Rechtspopulismus beschränkt sich also auf Beiträge, die den Rechtspopulismus als *Gesamtphänomen* behandeln und dementsprechend auf einer hohen Abstraktionsebene argumentieren. Dabei konzentriere ich mich auf die deutschsprachige Debatte und berücksichtige Beiträge aus anderen Ländern nur insoweit, als sie in dieser eine Rolle spielen. In einem ersten Schritt (2.1) erläutere ich die Begriffe *Populismus* und *Rechtspopulismus*, die sich in der akademischen, aber auch in der öffentlichen Debatte zur Bezeichnung der neuen rechten Parteien, Bewegungen und Diskurse durchgesetzt haben. In einem zweiten Schritt (2.2) gebe ich einen knappen Überblick über die *Merkmale und Aspekte des Rechtspopulismus*, die am häufigsten und intensivsten diskutiert werden. In einem dritten Schritt (2.3) stelle ich die wichtigsten *Erklärungsansätze* dar, wobei ich typisierend zwischen ökonomischen, politischen und kulturellen Ansätzen unterscheide. Es handelt sich dabei um ein grobes Ordnungsschema, das ermöglichen soll, die verschiedenen Thesen, Argumente, Begriffe und Befunde auf eine übersichtliche Weise darstellen und diskutieren zu können. Das Konstruktionsprinzip der Typen ist die soziale Dimension oder Sphäre, in der die Beiträge das Phänomen Rechtspopulismus und seine Ursachen primär verorten. Allerdings sind die Typen nicht trennscharf. Manche Beiträge konzentrieren sich auf eine der Sphären, andere kombinieren ökonomische, kulturelle und politische Argumente und lassen sich nicht eindeutig zuordnen. Einige der Autorinnen und Au-

toren tauchen daher bei verschiedenen Typen auf. Auf die Darstellung jedes Erklärungstyps folgt eine kritische Diskussion zentraler Annahmen und Argumente. Ergänzt wird sie am Ende des Kapitels (2.4) durch einige kritische Anmerkungen, die die sozialwissenschaftliche Rechtspopulismusdebatte insgesamt betreffen.

2.1 Begriffsbestimmungen: Populismus und Rechtspopulismus

In den aktuellen Debatten um den weltweiten ›Rechtsruck‹ hat sich der Begriff des Rechtspopulismus durchgesetzt. Auch wenn es vielen, die ihn verwenden, zunächst einmal nur um eine Beschreibung und Einordnung des Phänomens zu gehen scheint, beinhaltet er eine Festlegung, die für die anschließenden Deutungs- und Erklärungsversuche folgenreich ist: die als *rechtspopulistisch* bezeichneten Parteien, Bewegungen und Diskurse werden als eine Unterform des allgemeineren Phänomens *Populismus* verstanden. Unter dem Oberbegriff Populismus versammeln sich demzufolge neben dem Rechtspopulismus auch der Linkspopulismus, der agrarische Populismus, der neoliberalen Populismus, der Populismus der Mitte usw. Eine solche klassifizierende Begriffsbildung nach Ober- und Unterbegriffen gehört zu den üblichen wissenschaftlichen Vorgehensweisen und scheint zunächst unproblematisch. Wie ich im Verlauf des ersten Kapitels jedoch zeigen werde, verbindet sich im Mainstream der akademischen Diskussion mit dem Begriff des Rechtspopulismus die Tendenz, wesentliche Merkmale des mit ihm bezeichneten Phänomens auszublenden. Sowohl in der empirischen Beschreibung als auch in der theoretischen Reflexion liegt der Fokus auf den als ›populistisch‹ charakterisierten Aspekten, während den Merkmalen, die das ›Rechte‹ am Rechtspopulismus ausmachen sollen, weit weniger Aufmerksamkeit zuteilwird. Der Rechtspopulismus wird überwiegend als ›Populismus‹ und weniger als ›rechts‹ wahrgenommen.

Die Forschung zu Populismus hat in den Politik- und Geschichtswissenschaften eine lange Tradition, die eine unüberschaubare Menge

an empirischen Untersuchungen, Definitionsversuchen und Typologien hervorgebracht hat (Priester 2012; Mudde/Kaltwasser 2017). Der Begriff Populismus leitet sich vom *populist movement* ab, das sich im ausgehenden 19. Jahrhundert in den USA formierte. Aus der von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern getragenen Bewegung, die sich vor allem gegen den wachsenden Einfluss von Banken und Großkapital stellte, entstand 1891 die Peoples Party, die in den folgenden Jahren bei Wahlen einige Erfolge erzielte. Auch wenn die Partei bald darauf wieder an Einfluss verlor, markiert sie den Beginn einer populistischen Tradition in den USA (Priester 2007: 78-91; Priester 2012: 189-195). Als eine zweite frühe Erscheinungsform des Populismus gelten die Narodniki, eine sozialrevolutionäre Bewegung, die sich etwa zur selben Zeit im russischen Zarenreich bildete. Ihre zentralen Akteur*innen waren junge Intellektuelle, die in der Bauernschaft die moralische Basis der Gesellschaft erblickten und Reformen anstrebten, die diese vor den Folgen der Kommerzialisierung der Landwirtschaft schützen und den Einfluss von Großgrundbesitzern zurückdrängen sollten. Auch wenn die Narodniki, im Gegensatz zu den amerikanischen Populist*innen, keine Massenbasis aufbauen konnten, inspirierten sie einige der späteren agrarpopulistischen Bewegungen in Osteuropa (Mudde/Kaltwasser 2017: 32f.). Die erste populistische Bewegung, die im 20. Jahrhundert in Europa größere Bedeutung erlangte und in vielerlei Hinsicht als prototypisch für den neueren Populismus gilt, war der Poujadismus in Frankreich, benannt nach ihrem Initiator, dem Papierwarenhändler Pierre Poujade (Priester 2007: 142-158; Jörke/Selk 2017: 33f.). Als die französische Regierung 1953 ankündigte, Steuerkontrollen zu verschärfen, organisierte Poujade eine Protestbewegung, die sich gegen hohe Steuern, den bürokratischen Zentralismus und die Pariser Eliten richtete. Unterstützt wurde die Bewegung vor allem von Bäuer*innen, Handwerker*innen und Kleinunternehmer*innen. Den größten politischen Einfluss hatten populistische Bewegungen in Südamerika (Jörke/Selk 2017: 26-31; Mudde/Kaltwasser 2017: 27-32). Als einer der bekanntesten populistischen Politiker Südamerikas gilt Juan Perón, der 1946 die Präsidentschaftswahl in Argentinien gewann, in seiner Regierungszeit zahlreiche Sozialreformen und Modernisierungsmaßnahmen umsetzte und gemeinsam mit

seiner Frau Eva in weiten Teilen der Bevölkerung eine große Beliebtheit genoss. Weitere bekannte Populisten dieser Epoche waren Getúlio Vargas in Brasilien oder Victor de la Torre in Peru. In den 1990er Jahren kamen in Peru und Argentinien mit Alberto Fujimori und Carlos Menem Politiker an die Macht, die einen populistischen Regierungsstil mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verbanden. In den 2000er Jahren entstand ein neuer Linkspopulismus, zu dessen bekanntesten Repräsentanten Hugo Chávez (Venezuela) und Evo Morales (Bolivien) zählen.

Ausgehend von diesen und weiteren historischen Beispielen gab es in den Sozial- und Geschichtswissenschaften eine Reihe von Versuchen, Typologien und Definitionen des Populismus aufzustellen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen programmatischen Ausrichtungen, Organisationsformen und sozialen Kontexten erwies es sich allerdings als schwierig, Definitionsmerkmale zu finden, die alle als populistisch bezeichneten Phänomene umfassen und sie zugleich von anderen politischen Strömungen abgrenzen (Priester 2012: 32-50).

Einige Autor*innen haben darauf mit dem Vorschlag reagiert, den Populismus nicht über inhaltliche, sondern über *formale Merkmale* zu bestimmen. Eine Variante besteht darin, ihn als eine bestimmte Form politischer Rhetorik zu fassen, die mit starken Dichotomien, Vereinfachungen und Personalisierungen arbeitet. Ralf Dahrendorf hat dieses Verständnis, das auch in öffentlichen Debatten weit verbreitet ist, folgendermaßen zusammengefasst: »Populismus ist einfach, Demokratie ist komplex [...]. Man muss es noch genauer sagen. Populismus beruht auf dem bewussten Versuch der Vereinfachung von Problemen. Darin liegt sein Reiz und sein Erfolgsrezept.« (Dahrendorf 2019: 8) Statt mit sachlichen Argumenten und Konzepten zu überzeugen, werde auf folkloristische Symbolik, emotionalisierende Ansprache und spektakuläre Inszenierungen gesetzt. Einige Autor*innen haben argumentiert, dass der Populismus aufgrund seiner unrealistischen Versprechungen und seiner Unfähigkeit, gesellschaftliche Probleme zu lösen, schnell seinen Nimbus einbüße, wenn er einmal an die Macht gelangt sei. Populismus sei daher vor allem als eine Strategie zur Machteroberung zu betrachten. Eine politische Führungsfigur versucht dabei, eine unzufriedene und bisher unorganisierte Bevölkerung zu mobilisieren, in-

dem sie zum Kampf gegen das Establishment aufruft und diffuse Versprechen nationaler Wiedergeburt macht. Wenn die politische Macht erobert sei, werde die populistische Strategie jedoch häufig aufgegeben (Barr 2009; Weyland 2001). Ernesto Laclau (2018) schlägt vor, den Populismus als einen Modus politischer Artikulation zu begreifen. In jeder politischen Ordnung existiere neben einer Logik der Differenz, in der Forderungen in ihrer Unterschiedlichkeit ausgedrückt werden können, eine populistische Logik der Äquivalenz, die Bedürfnisse durch eine kollektive Identität repräsentiert. Durch die Konstruktion eines Antagonismus zwischen der Elite und dem Volk, dessen Einheit in einer leitenden Idee oder Führerfigur symbolisiert wird, können die Forderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen durch Äquivalenzketten verbunden und gemeinsam artikuliert werden. Mit seiner konstruktivistischen, auf der strukturalistischen Linguistik aufbauenden Theorie, beansprucht Laclau insbesondere die inhaltliche Vagheit und Widersprüchlichkeit populistischer Bewegungen zu erklären. Beides sei kein Ausdruck von Irrationalität, sondern Voraussetzung dafür, verschiedene Positionen miteinander verbinden zu können. In seiner Perspektive ist Populismus als formales Prinzip der Artikulation mit allen politischen Inhalten vereinbar.

Die Versuche, den Populismus als Rhetorik, Strategie oder diskursive Artikulationsform zu bestimmen, reagieren auf den großen inhaltlichen Variantenreichtum der Phänomene, die unter dem Begriff zusammengefasst werden sollen. Als formales Prinzip verstanden, ist Populismus »mit jedweder politischen Ideologie (rechts oder links, reaktionär oder progressiv, reformistisch oder revolutionär), mit jedweder ökonomischen Programm (vom Staatsdirigismus bis zum Neoliberalismus), mit unterschiedlichen sozialen Basen und unterschiedlichen Regimetypen« vereinbar (Taguieff zitiert nach Priester 2007: 41). Doch auch die formalen Definitionen wurden vielfach als unbefriedigend empfunden. Vereinfachung, Personalisierung, eine emotionale Ansprache und die Anrufung von Kollektiven finden sich bis zu einem gewissen Grad bei fast allen politischen Bewegungen oder Parteien. Eine klare Abgrenzung des Populismus von anderen

politischen Phänomenen ist auf Grundlage dieser Merkmale kaum möglich.

In der jüngeren Forschung gibt es daher einen zunehmenden Konsens darüber, dass eine *inhaltliche Definition* des Populismus notwendig ist (Mudde/Kaltwasser 2017: 5). Einer der meistbeachteten Vorschläge stammt vom Politikwissenschaftler Cas Mudde. Er definiert Populismus als eine »thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people.« (Mudde/Kaltwasser 2017: 6; vgl. auch Mudde 2004) Mit dem Ausdruck »thin centered ideology« – meist mit »dünne Ideologie« ins Deutsche übersetzt – verweist Mudde darauf, dass es zwar ein abstraktes semantisches Muster gibt, das allen Formen des Populismus gemein ist, das jedoch in unterschiedlicher Weise inhaltlich konkretisiert und mit verschiedenen Ideologien kombiniert werden kann. Rechte, linke, agrarische und ›kleinbürgerliche‹ Populismen stellen Volk und Elite gegenüber, unterscheiden sich aber in dem, was genau sie jeweils unter Volk und Elite verstehen und in den kulturellen, ökonomischen und politischen Ideen und Forderungen, die sie vertreten. Eine andere vielzitierte Definition, die der von Mudde vorgeschlagenen ähnelt, stammt von Jan-Werner Müller (2016). Ihm zufolge ist Populismus »eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören.« (Müller 2016: 42) Hinzu komme »der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten« (ebd.: 44). Gerade dieses zweite Merkmal ist ausschlaggebend für Müllers politische Einordnung des Phänomens. Da das populistische Verständnis von Repräsentation exklusiv und antipluralistisch sei, sei der Populismus insgesamt antiliberal.

Die von Mudde und Müller vorgeschlagene Definition des Populismus über den Gegensatz von Volk und Elite wird innerhalb der politikwissenschaftlichen Populismusforschung inzwischen von vielen geteilt und bildet auch in der breiteren sozialwissenschaftlichen Debatte um

den gegenwärtig erstarkenden (Rechts-)Populismus eine zentrale Referenz. Die Bestimmung des *Rechtspopulismus* nimmt in vielen Fällen die allgemeine Populismusdefinition zum Ausgangspunkt. Bei Jörke und Selk (2017: 69) heißt es etwa, der Rechtspopulismus füge

»der Differenz zwischen korrupter Elite und gutem Volk eine weitere, dritte [sic!] Unterscheidung hinzu: die Unterscheidung zwischen dem guten Eigenen (Volk, Nation, Gemeinschaft) und dem bedrohlichen Fremden (Ausländer, Migranten, Muslime). Rechtspopulisten konstruieren in ihrer politischen Mobilisierung und Rhetorik das eigene Volk als eine gute Gemeinschaft, die von zwei Seiten bedroht werde: von der korrupten Elite und von Fremden.«

Auch Cas Muddes Definition des Rechtspopulismus baut auf dem allgemeinen Populismusbegriff auf. Die »populist radical right« zeichne sich durch eine Kombination von Populismus, Autoritarismus und Nativismus aus (Mudde 2016a: 4f.; vgl. auch Mudde/Kaltwasser 2017: 34). Unter Autoritarismus versteht Mudde den Wunsch nach einer strikt geordneten Gesellschaft, in der Verstöße gegen Normen streng bestraft werden sollen. Der Nativismus, eine Kombination aus Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, beruhe auf der Vorstellung, dass in Staaten nur die Mitglieder der Eigengruppe leben sollen und dass alle fremden Elemente, gleich ob Menschen oder Kulturen, eine Bedrohung für das Eigene darstellen. Die nativistische Unterscheidung zwischen Einheimischen und Fremden könnte auf ethnischen, rassistischen oder religiösen Vorurteilen aufbauen und sowohl über kulturelle wie ökonomische Motive gerechtfertigt werden. Die gegenwärtig dominante Ausdrucksform des rechtspopulistischen Nativismus sei die Islamophobie. Sowohl bei Jörke und Selk als auch bei Mudde wird der Rechtspopulismus so definiert, dass ein »rechtes Element« – Fremdenfeindlichkeit, Nativismus, Islamophobie – zum Populismus hinzutritt. Die problematischen Konsequenzen einer solchen *additiven Begriffsbildung* werden später Thema sein.

2.2 Elemente des Rechtspopulismus

Die Trias von Volk, Elite und Fremden bietet einen guten Ausgangspunkt für einen ersten Überblick über die inhaltlichen Elemente des Rechtspopulismus. In der sozialwissenschaftlichen Literatur lässt sich diesbezüglich eine gewisse Aufspaltung der Erkenntnisinteressen beobachten: auf der einen Seite gibt es zahlreiche Beiträge, die sich vor allem empirisch mit bestimmten inhaltlichen Aspekten oder einzelnen Parteien und Bewegungen auseinandersetzen, dabei jedoch weitgehend darauf verzichten, ihre Ergebnisse ins Verhältnis zu anderen Aspekten und zum Gesamtphänomen Rechtspopulismus zu setzen und theoretisch zu interpretieren. Auf der anderen Seite gibt es die theoretisch orientierten Beiträge, die den Rechtspopulismus als Gesamtphänomen zu erklären beanspruchen, dabei aber oftmals sehr stark von den Inhalten abstrahieren oder nur sehr selektiv auf sie Bezug nehmen. Ich gebe in diesem Kapitel zunächst einen knappen Überblick über die Diskussion zu einzelnen Elementen des Rechtspopulismus, bevor ich mich anschließend den theoretischen Debatten zuwende.

2.2.1 Das Volk

Das Volk ist im rechtspopulistischen Weltbild einer doppelten Bedrohung ausgesetzt. Die Eliten missachten es, handeln gegen seine Interessen und versuchen letztendlich, es zu zerstören; die Fremden drohen es zu verdrängen. Das zentrale Versprechen des Rechtspopulismus besteht darin, das Volk gegen diesen doppelten Angriff zu verteidigen und es wieder zur Geltung zu bringen. Wie die rechtspopulistische Bezugnahme auf das Volk einzuschätzen ist, ist in der Forschung umstritten. Während einige, wie Müller (2016), das rechtspopulistische Verständnis von Volk als anti-liberal beurteilen, weil es auf der Vorstellung einer homogenen Gemeinschaft beruht, sehen andere in der Anrufung des Volkes einen legitimen demokratischen Impuls. Die gegensätzlichen Einschätzungen dürften auch damit zusammenhängen, dass die Bedeutung von Volk im rechtspopulistischen Diskurs vage und vieldeutig ist. Drei Grundbedeutungen lassen sich mit Mudde/Kaltwasser (2017: 9-11)

identifizieren: Zum einen wird Volk im Sinne von Nation verwendet, etwa, wenn nationale Selbstbestimmung gegen Globalisierungsprozesse oder supranationale Institutionen wie die EU verteidigt werden soll oder wenn es darum geht, die eigene nationale Kultur vor den Fremden zu schützen.¹ Auf einer zweiten Bedeutungsebene verweist Volk auf das Staatsvolk in seiner Funktion als demokratischer Souverän. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Rechtspopulist*innen der herrschenden Elite vorwerfen, die Werte und Interessen des Volkes zu verraten und den Anspruch erheben, dem Volk wieder Gehör und politischen Einfluss zu verschaffen. In einer dritten Bedeutung meint Volk die ›normalen Leute‹, eine Konnotation, die aufgerufen wird, wenn kulturelle Unterschiede zur Elite markiert werden sollen. ›Normal‹ sind alle, die Stabilität schätzen, einer ›ehrlichen Arbeit‹ nachgehen, sich vom ›gesunden Menschenverstand‹ leiten lassen und dem Jargon von Politiker*innen und Expert*innen, den Sprachcodes der Political Correctness und den individualistischen, urbanen Lebensstilen misstrauisch gegenüberstehen.² Mit der Bedeutungsdimension der ›normalen Leute‹ verbindet

-
- 1 Je nach historischer Tradition und Kontext kann die Vorstellung nationaler Gemeinschaft nach unterschiedlichen (ethnischen, politischen, religiösen) Kriterien konstruiert werden und unterschiedliche Konnotationen und Bilder hervorrufen. In Frankreich beziehen sich Rechtspopulist*innen bei der Bestimmung des Nationalcharakters auf die Werte des Republikanismus und die Französische Revolution. In Deutschland und Österreich klingt im Volk die ganze Tradition des romantischen Begriffs der Kulturnation bis zur rassistisch-antisemitischen Volksgemeinschaft an (vgl. Wildt 2017).
 - 2 Auch hier gibt es nationale Spezifika: In den USA wird das ›normale Volk‹ oft mit der Vorstellung eines ›heartland‹ verbunden, die Assoziationen an die Landschaften und Lebensstile des Mittleren Westens und Südwestens transportiert, während die Elite mit den urbanen Zentren der Ost- und Westküste identifiziert wird (vgl. Taggart 2000). In Donald Trumps erstem Präsidentschaftswahlkampf lag ein besonderer Fokus auf der weißen männlichen Arbeiterklasse; allerdings wurden auch Frauen und – im Gegensatz zur Rhetorik vieler europäischer Rechtspopulist*innen – explizit auch Minderheiten wie LGBTQIA+, Schwarze und Latinos in ›the people‹ eingeschlossen (Lamont/Park/Ayala-Hurtado 2017). In Frankreich weckt das ›normale Volk‹ Assoziationen an die ›Provinz‹, während die Elite in Paris verortet wird.

sich zudem eine nostalgische Orientierung. Die Anhänger*innen einer vermeintlich ›normalen Lebensweise‹, die in der Gegenwart bedroht scheint oder bereits verschwunden ist, sehnen sich zurück in eine ›gute alte Zeit‹ (vgl. Taggart 2000: 95; Betz/Johnson 2016). Der Rechtspopulismus führt einen »Kampf um ein verlorenes Paradies« (Cuperus 2017: 155) und trifft sich an diesem Punkt mit einem allgemeinen nostalgischen Zeitgeist (Bauman 2017).

2.2.2 Die Elite

Die Anklage der Eliten ist ein zweites wesentliches Merkmal des (Rechts-)Populismus. Die Elite wird als eine einheitliche Gruppe porträtiert, deren Angehörige weitgehend die gleichen Ansichten und Interessen teilen und gleichgerichtet handeln – nämlich gegen die Interessen des Volkes (Mudde/Kaltwasser 2017: 11f.). Allerdings stehen bestimmte Fraktionen der Elite besonders im Fokus. Das sind zunächst einmal die Politikerinnen und Politiker der etablierten Parteien, die im deutschsprachigen Rechtspopulismus häufig als »Altparteien« oder »Systemparteien« bezeichnet werden. Die Kritik richtet sich zum einen gegen die Politiker*innen als Personen, zum anderen aber auch gegen bestimmte Institutionen, die in ihrer gegenwärtigen Gestalt oder auch grundsätzlich abgelehnt werden.³ Der wirtschaftlichen Elite (Vertreter*innen großer Unternehmen, der Finanzwelt, wirtschaftlichen Lobbygruppen) wird vorgeworfen, sich zu bereichern, die Politik für ihre Zwecke einzuspannen und dabei der nationalen Wirtschaft insgesamt zu schaden.

Zwei weitere Gruppen, die vom rechtspopulistischen Diskurs als Fraktionen der Elite angegriffen werden, sind Medienschaffende und

3 Im europäischen Rechtspopulismus spielt insbesondere die Kritik an der Europäischen Union eine wesentliche Rolle. Der EU wird vorgeworfen, den Nationalstaaten ihre Souveränität zu entziehen und ihnen zu ihrem Nachteil eine demokratisch nicht legitimierte und von der Bevölkerung nicht gewollte Politik aufzuzwingen. Mit ähnlichen Argumenten werden internationale Handelsabkommen wie TTIP oder CETA kritisiert (Hirschmann 2017: 35-38).

Wissenschaftler*innen. Den Medien wird vorgeworfen, im Namen der Political Correctness die Wahrheit zu verfälschen oder im Auftrag des Staates gezielt Propaganda zu betreiben (»Lügenpresse«, »fake news«) (vgl. etwa Raden 2016). Ein ähnlicher Ideologie- und Indoktrinationsvorwurf geht an Teile der Wissenschaft. So wird etwa den Gender-Studies vorgeworfen, ein politisch motiviertes Umerziehungsprogramm zu verfolgen. In den Debatten über den Umgang mit der Klimakrise und der Corona-Pandemie wird auch den Naturwissenschaften unterstellt, ihre Forschungsergebnisse seien von politischen Interessen beeinflusst.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird die rechtspopulistische Elitenkritik überwiegend realistisch interpretiert. Der Aufstieg des Rechtspopulismus sei ein Symptom für die wachsende Entfremdung zwischen den Eliten und großen Teilen der Bevölkerung; die rechte Elitenkritik ziele, wenn auch in zugespitzter Weise, auf ein tatsächliches Fehlverhalten der Eliten. Andere Autor*innen stellen hingegen heraus, dass die den Eliten zugeschriebene Macht und die Annahme, dass sie als Einheit und geplant gegen die Interessen des Volkes handeln, auf eine Verwandtschaft von Rechtspopulismus und Verschwörungsdenken verweist (Butter 2018; Kopke/Lorenz 2017).

2.2.3 Die Fremden

Als Spezifikum des Rechtspopulismus gilt die Ablehnung von Fremdgruppen, zu denen vor allem Migrant*innen, Muslim*innen und andere ethnische oder religiöse Minderheiten gezählt werden. Durch die Eigenschaften und Verhaltensweisen, die ihnen zugeschrieben werden, erscheinen sie als Bedrohung für das Eigene. Die kriminelle Neigung der Fremden gefährde die innere Sicherheit, ihre aggressive Sexualität bedrohe die »einheimischen« Frauen, ihre mangelnde Produktivität belaste den Sozialstaat und der Herrschaftsanspruch des Islam gefährde die Demokratie. Insgesamt erscheinen die Fremden als kulturell rückständig und unzivilisiert, eine Koexistenz mit ihnen daher problematisch oder unmöglich. Im europäischen Rechtspopulismus fokussierte sich die Diskussion um die Fremden auf die sogenannte »Grenzöff-

nung« auf dem Höhepunkt der »Flüchtlingskrise« im Sommer 2015; in den USA machten Trump und seine Anhänger*innen vor allem die illegale Migration aus Südamerika zu einem zentralen Thema, die durch eine Grenzmauer gestoppt werden müsse. In Teilen des rechten Diskurses nimmt die Idee einer Bedrohung durch die Fremden geradezu apokalyptische Qualitäten an. Narrative wie die »Islamisierung des Abendlandes«, der »Große Austausch« oder »White Genocide« beschreiben ein Szenario, in dem die »einheimische« Bevölkerung aufgrund der anhaltenden Migration zunächst zu einer Minderheit im eigenen Land degradiert und schließlich ganz ausgelöscht wird (Paul 2016; Roepert 2021). Was die konkreten politischen Forderungen gegen die Fremden betrifft, finden sich im rechtspopulistischen Spektrum unterschiedliche Positionen in verschiedenen Abstufungen, angefangen beim Ruf nach härterer Bekämpfung illegaler Migration und einer restriktiven Asylpolitik bis hin zu der prinzipiellen Ablehnung von Migration.

Die gegen die Fremden gerichteten Diskurse werden in der Forschungsliteratur häufig als Fremden-, Migrations- oder Islamfeindlichkeit bezeichnet, wobei diese Begriffe oftmals vage und unsystematisch verwendet und kaum theoretisch reflektiert werden (Marz 2020; Müller-Uri 2014). Den Begriff Rassismus verwendet nur eine Minderheit von Autor*innen, wobei häufig die Ansicht vertreten wird, dass im Rechtspopulismus vor allem ein kulturell argumentierender Rassismus anzutreffen ist, der von biologischen Formen des Rassismus zu unterscheiden sei. Insgesamt lässt sich feststellen, dass den rechtspopulistischen Fremdbildkonstruktionen (und den damit zusammenhängenden Selbstbildkonstruktionen) in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Diskussion nur wenig empirische und theoretische Aufmerksamkeit gewidmet wird.

2.2.4 Geschlechterverhältnisse

Das Thema Geschlechterverhältnisse durchzieht die rechtspopulistischen Diskurse über das Eigene, die Fremden und die Elite. Den Eliten wird vorgeworfen, durch Feminismus und Gender-Studies die Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen und die Durchsetzung sexueller

und reproduktiver Rechte die Zerstörung der tradierten Geschlechterordnung zu betreiben (Paternotte/Kuhar 2018). Den Fremden hingegen wird eine aggressive und archaische Sexualität zugeschrieben, die auf das Eigene überzugreifen und es zu verdrängen droht. Der Kampf um das Eigene ist also zugleich ein Kampf um die Geschlechterordnung, die seine biologische und kulturelle Reproduktion sicherstellen soll. Die familien- und kulturpolitischen Forderungen des Rechtspopulismus zielen daher auf die Wiederherstellung der tradierten Geschlechterordnung in Form eindeutiger und dichotomer Weiblichkeit- und Männlichkeitsnormen und auf die Stärkung möglichst kinderreicher Familien (Kaiser 2021; Kemper 2016; Lang 2015; Mayer et al. 2018).

Allerdings will der Rechtspopulismus, zumindest in seinen offiziellen Verlautbarungen, nicht hinter einen bestimmten Stand von Geschlechterbeziehungen zurück (vgl. Mayer et al. 2018). Auch wenn rechtspopulistische Parteiprogramme Maßnahmen enthalten, die Frauen wieder stärker auf reproduktive Tätigkeiten verpflichten sollen, werden die Gleichberechtigung von Frauen und weibliche Berufstätigkeit nicht prinzipiell in Frage gestellt. Zudem werden die Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, Toleranz und Minderheitenrechte als zivilisatorische Errungenschaften des Eigenen angepriesen, die es vor »dem Islam« zu verteidigen gelte (Farris 2017).

Trotz der inzwischen großen Anzahl an fundierten Beiträgen zur Geschlechterdimension des Rechtspopulismus handelt es sich um einen Gesichtspunkt, der bislang in weiten Teilen der sozialwissenschaftlichen Populismusdebatte nur wenig Resonanz findet. Bei den meisten Ansätzen, die den Rechtspopulismus als Gesamtphenomen zu erklären beanspruchen, kommt das Thema Geschlechterverhältnisse nur am Rande oder gar nicht vor.

2.2.5 Rationalität, Wahrheit, Affekt

In der Forschung, aber auch in der breiteren Öffentlichkeit, gilt der Frage nach der Rationalität und dem Wahrheitsverständnis des Rechtspopulismus ein besonderes Interesse. Rechtspopulistische Akteur*innen

betrachten es als ihre gesellschaftliche Aufgabe, der Wahrheit, die von Politik und Medien unterdrückt werde, zum Durchbruch zu verhelfen. Nahezu alle, die nicht dem rechtspopulistischen Lager angehören, teilen hingegen die Einschätzung, dass der rechtspopulistische Diskurs selbst ganz wesentlich durch Lügen, Übertreibungen und grobe Verzerrungen der Realität charakterisiert ist (Dyk 2017). Der Mainstream der medialen Öffentlichkeit und der rechtspopulistische Diskurs stellen sich zunehmend als diametral entgegengesetzte Weltwahrnehmungen dar. Das betrifft nicht nur die ›großen Erzählungen‹, sondern bereits die Ebene der empirischen Fakten, die vom rechtspopulistischen Diskurs selektiv und manipulativ behandelt oder schlicht erfunden oder geleugnet werden – ein Umstand, auf den Begriffe wie postfaktisch, fake news und post-truth verweisen (Hendricks/Verstergaard 2018).

Um dieses eigentümliche Verhältnis zur Realität zu erklären, wird in den Sozialwissenschaften häufig auf die Annahme zurückgegriffen, dass der Rechtspopulismus in starkem Maße von einer affektiven Logik bestimmt ist (Magni 2017; Salema/von Scheve 2018). Gesellschaftlich verbreitete Affekte wie Angst und Wut werden einerseits aufgegriffen, andererseits gezielt verstärkt und für politische Mobilisierungen genutzt. Rechtspopulistische Diskurse beziehen sich daher weniger auf die objektive, empirisch beobachtbare Realität, sondern drehen sich in hohem Maße um subjektive Wahrnehmungen und gefühlte Wahrheiten: »[P]erceptions seem to be more important than facts.« (Mudde 2004: 553) Als emblematisch für das rechtspopulistische Verhältnis zur Wahrheit gelten etwa die von naturwissenschaftlichen Befunden unbeeindruckte Leugnung des anthropogenen Klimawandels oder die zahllosen und gut dokumentierten unwahren Behauptungen Donald Trumps.

Mit der Frage nach der (Un-)Wahrheit verknüpft ist die Frage nach der Rationalität rechtspopulistischer Politik. Einige Beobachter*innen vertreten die Auffassung, dass es dem Rechtspopulismus vor allem darum gehe, Protest zu artikulieren, Gefühle zu mobilisieren und Identifikationsangebote zu machen, nicht jedoch um die Lösung realer politischer Probleme. Nicht selten stoße man auf das »große Paradox« (vgl. Hochschild 2017: 17-122), dass rechtspopulistische Positionen den Interessen ihrer Anhänger*innen klar widersprechen. Andere gestehen

dem Rechtspopulismus zu, auf tatsächliche Probleme hinzuweisen, auch wenn die vorgeschlagenen Lösungen unterkomplex und unrealistisch seien (vgl. etwa Streeck 2017). Eine dritte Fraktion verweist darauf, dass der Rechtspopulismus in bestimmten Feldern wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchaus Angebote mache, die ihn von anderen Parteien unterscheiden und die es für Wähler*innen attraktiv und rational machen, ihn zu unterstützen (vgl. etwa Jörke/Nachtwey 2017; Manow 2018).

2.3 Erklärungstypen

Nach dem Überblick über Definitionen und zentrale inhaltliche Elemente soll es im Folgenden darum gehen, die meistdiskutierten Erklärungsansätze zum zeitgenössischen Rechtspopulismus darzustellen und einer kritischen Beurteilung zu unterziehen. Wie bereits ausgeführt handelt es sich um theoretische Beiträge, die den Rechtspopulismus als Gesamtphänomen zu deuten und insbesondere sein gegenwärtiges Erstarken zu erklären beanspruchen. Um zentrale Annahmen, Theoreme und Argumente herausarbeiten und diskutieren zu können, unterscheide ich drei Typen von Erklärungen: ökonomische, politische und kulturelle.

2.3.1 Ökonomische Erklärungen

»Warum nur«, fragt der Soziologe Colin Crouch (2016a: 3),

»haben die Finanzkrise von 2008 und die aus ihr resultierenden Krisen der Wohlfahrtsstaaten, zusammen mit wachsender Ungleichheit und der Konzentration extrem großer Vermögen in den Händen einer globalen Elite, nicht zu einem politischen Angriff auf die Vorherrschaft des Neoliberalismus geführt? Die Antwort zeichnet sich allmählich ab. Es gibt diesen Angriff, doch zeigt er sich dies- und jenseits des Atlantiks als fremdenfeindlicher Populismus.«

Crouchs Formulierung steht exemplarisch für eine Annahme, die allen Erklärungsansätzen zugrunde liegt, die in diesem Kapitel behandelt werden. Sie besagt, dass der Rechtspopulismus als Reaktion auf die negativen Folgen langfristiger makro-ökonomischer Entwicklungen verstanden werden muss, seine Anhänger*innen und Repräsentant*innen demnach primär aus ökonomischen Motiven handeln.

Die vielleicht am häufigsten diskutierte Variante einer ökonomischen Erklärung ist die sogenannte Modernisierungsverlierer-Theorie (Spier 2006, 2010; Jörke/Selk 2017: 98-111).⁴ Sie basiert auf modernisierungstheoretischen Annahmen, denen zufolge alle Gesellschaften einen Entwicklungspfad hin zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft durchlaufen. Die Modernisierungsprozesse bergen, gerade in Phasen beschleunigten und disruptiven Wandels, immer ‚Chancen‘ und ‚Risiken‘, bringen ‚Gewinner‘ und ‚Verlierer‘ hervor. Gruppen, die die Modernisierung vorantreiben oder sich ihr anpassen, zählen in der Regel zu den ‚Gewinnern‘, während diejenigen, denen die Anpassung nicht gelingt und die von den negativen Modernisierungsfolgen eingeholt werden, sich als ‚Verlierer‘ fühlen (vgl. Spier 2006: 35). Die ‚Verlierer‘ neigen dazu, sich modernisierungsfeindlichen Parteien zuzuwenden, die Sicherheit und einfache Lösungen versprechen. Um den Rechtspopulismus zu erklären, wird insbesondere auf die kulturellen und ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung verwiesen, die als zentrale Erscheinungsform des zeitgenössischen Modernisierungsprozesses gilt. Im Folgenden geht es zunächst nur um die ökonomischen Aspekte der Globalisierungen; die Erklärungsversuche, die sich auf die *kulturellen* Globalisierungsverlierer*innen beziehen, werden weiter unten diskutiert (vgl. Abschnitt 2.3.3).

4 Eine frühe Formulierung der Modernisierungsverlierer-Theorie findet sich bei Lipset (1959). Neben den modernisierungstheoretisch orientierten Ansätzen behaupten auch einige klassentheoretische Ansätze einen Zusammenhang zwischen objektiver ökonomischer Lage und rechten Orientierungen. Ich werde mich hier nicht gesondert mit ihnen auseinandersetzen, da sich zwar die Bestimmung der ökonomisch deprivierten Gruppen in beiden Fällen unterscheidet, die Ableitung rechter Einstellungen aber im Wesentlichen identisch funktioniert.

Spier (2006: 48f.) versteht unter ökonomischer Globalisierung die Ausweitung und Intensivierung des Waren- und Kapitalverkehrs und die daraus resultierende Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Insbesondere die Konkurrenz zu den Exportindustrien der Schwellenländer, die aufgrund von niedrigen Löhnen und Sozialstandards über Wettbewerbsvorteile verfügen, erzeugt in den exportorientierten Sektoren der entwickelten Volkswirtschaften Anpassungsdruck, der Entlassungen, sinkende Reallöhne oder die Notwendigkeit von Berufswechseln nach sich ziehen kann. Die ökonomischen Verlusterfahrungen übersetzen sich, so die Annahme, relativ unmittelbar in eine Neigung zu extrem rechten Parteien. Spier (2010: 259) formuliert den vermuteten Zusammenhang folgendermaßen: »Die Deprivationserfahrungen in der Verlierergruppe setzen sich in bestimmte rechtsaffine Einstellungen auf der Ebene der psychischen Dispositionen um, was wiederum eine erhöhte Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, rechtsradikale Parteien und Bewegungen zu unterstützen.«

Die Modernisierungsverlierer-These wurde insbesondere von der quantitativen Forschung aufgegriffen und zum Ausgangspunkt empirischer Untersuchungen gemacht.⁵ Dabei wurde versucht, einen Zusammenhang zwischen *objektiven* ökonomischen Deprivationsmerkmalen und rechtspopulistischen Orientierungen nachzuweisen. Zu den Modernisierungsverlierer-Indikatoren zählten dabei zum Beispiel ein niedriges Einkommen, relative Statusverluste, Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse; als Rechtspopulismus-Indikatoren dienten etwa Parteimitgliedschaft, Wahlverhalten oder die Zustimmung zu rechtspopulistischen Aussagen. Die bisherigen Ergebnisse sind jedoch uneindeutig und Gegenstand anhaltender Auseinandersetzungen. Spier (2010) findet in seiner Studie, die Daten aus neun europäischen Ländern analysiert, einen positiven Zusammenhang zwischen Modernisierungsverlierer-Indikatoren und der Wahlentscheidung für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien, wobei der sozio-ökonomische Status einer Person den stärksten Effekt auf

⁵ Ein guter Überblick über die empirischen Befunde zu den verschiedenen Varianten der Modernisierungsverlierer-These findet sich bei Hertel/Esche 2019.

die Wahlentscheidung hat (Spier 2010: 189). Nach Arzheimer (2016) zeigen nahezu alle Studien zur Wählerschaft extrem rechter Parteien, dass diese von Gruppen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen eine überdurchschnittliche Unterstützung erhalten. Auch wenn rechte Parteien ihre soziale Basis erweitert hätten, würden heute noch immer Arbeiter*innen, Angehörige der unteren Mittelschichten und Arbeitslose das wichtigste Segment bilden. Oesch/Rennwald (2018) betonen, dass die extreme Rechte vor allem bei Arbeiter*innen im Produktions- und Dienstleistungsbereich Zugewinne erzielen konnte und sprechen von einer »increasing proletarianisation of the radical right's electorate in Western Europe« (Oesch/Rennwald 2018: 800). Einige Autor*innen haben diesen Befund zum Anlass genommen, von den rechtspopulistischen Parteien als »neuen Arbeiterparteien« zu sprechen (vgl. Adorf 2017; Jörke/Nachtwey 2017). Auch viele länderspezifische Studien stützen die Modernisierungsverlierer-These. Verschiedene Autor*innen weisen darauf hin, dass die *Alternative für Deutschland* im Laufe ihrer Entwicklung bei Arbeiter*innen, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen immer beliebter geworden ist (Kroh/Fetz 2016) und heute in diesen beiden Gruppen sehr hohe Zustimmungswerte erreicht (vgl. Sablowski/Thien 2018: 61). Ähnliche Ergebnisse liegen für Frankreich (Camus 2017) und Großbritannien (Goodwin 2017) vor.

Allerdings gibt es auch eine ganze Reihe von Befunden und Überlegungen, die der Modernisierungsverlierer-These widersprechen oder sie zumindest stark relativieren. Zunächst ist zu beachten, dass der Anteil der Arbeiter*innen und Arbeitslosen an den Wähler*innen vieler rechtspopulistischer Parteien zwar überproportional hoch ist, sie jedoch insgesamt nur eine Gruppe neben anderen bilden. Bei der AfD machen im Jahr 2017 Arbeiter*innen und Arbeitslose etwa 19 Prozent der Unterstützer*innen aus (vgl. Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 60). Hinzu kommt, dass die Einstufung als Arbeiter*in für sich genommen nicht viel über den sozioökonomischen Status einer Person aussagt. Die pauschale Gleichsetzung von Arbeiter*innen mit ökonomischen Modernisierungsverlierern, die immer wieder und oft auch implizit vorgenommen wird, greift also zu kurz. Hilmer et al. (2017) kommen zu dem Ergebnis, dass es der AfD gelinge, »in einer ge-

sellschaftlichen Klammerbewegung zugleich Wahlberechtigte der [...] unteren Mittelschichten als auch solche aus stark gehobenen materiellen Verhältnissen anzusprechen« (Hilmer et al. 2017: 28). Vehrkamp und Wegschaider (2017: 60f.) stellen in ihrer Studie, die das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2017 auf Grundlage der Sinus-Milieus untersucht, fest, dass die AfD die stärksten Stimmenzugewinne im prekären Milieu, die zweitstärksten jedoch im Milieu der bürgerlichen Mitte verzeichnete. Insgesamt seien rund ein Drittel der AfD-Anhänger*innen in den eher wohlhabenden, modernisierungsbefürwortenden Milieus zu verorten. Bergmann, Diermeier und Niehues kommen zu dem Schluss, dass die »Analyse der Einkommens- und Bildungsstruktur der AfD-Sympathisanten der Prekarisierungshypothese« widerspricht (Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 71). Auch wenn sie viele Wähler*innen aus den unteren Einkommensschichten rekrutiere, sei die AfD »im Durchschnitt heute zweifelsohne sozio-demographisch eine Partei der Mitte.« (ebd.: 71; vgl. auch Lengfeld 2017) Manow (2018), der den Zusammenhang zwischen Deprivationsfaktoren und einer Wahlentscheidung für die AfD unter anderem mit Indikatoren auf Kreis- und Gemeindeebene untersucht, konstatiert:

»Keines der Deprivationsmaße erklärt die AfD-Wahl. Nicht in den strukturschwachen Gebieten, sondern gerade dort, wo das traditionelle deutsche industrielle Modell noch intakt ist, scheinen die Rechtspopulisten überdurchschnittliche Erfolge zu feiern – und das nicht bei den benachteiligten Arbeitsmarktgruppen, sondern eher bei denen in regulärer Beschäftigung.« (Manow 2018: 97)

Ein ähnliches Muster zeigt sich teilweise auch im internationalen Vergleich. Rechtspopulistische Kräfte sind auch in wohlhabenden Ländern erfolgreich, während sie etwa in vielen südeuropäischen Ländern, von denen einige stark von der Wirtschaftskrise und den anschließenden Austeritätsmaßnahmen betroffen waren, keinen größeren Einfluss gewinnen konnten.

Aufgrund der Schwierigkeit, einen direkten Zusammenhang zwischen objektiver ökonomischer Deprivation und rechtspopulistischer Orientierung nachzuweisen, sind viele Autor*innen dazu überge-

gangen, einen indirekten, subjektiv vermittelten Zusammenhang anzunehmen. Auch bei den Gruppen, die nicht unmittelbar von sozialem Abstieg, der zunehmenden Ökonomisierung des Sozialen oder der Prekarisierung der Arbeitswelt betroffen seien, könnten diese Entwicklungen Ängste und Frustrationen auslösen, die für rechtspopulistische Positionen empfänglich machen. Ausschlaggebend sei also nicht notwendigerweise eine objektive Betroffenheit, auch die subjektive Wahrnehmung einer allgemeinen ökonomischen Problemlage könne ausreichen. Exemplarisch für eine solche Argumentation ist Oliver Nachtweys Buch *Die Abstiegsgesellschaft*, das viele einflussreiche soziologische und ökonomische Gegenwartsdiagnosen zusammenführt (Nachtwey 2016). Im Gegensatz zu den modernisierungstheoretischen Positionen beschreibt er die gesellschaftliche Entwicklung der letzten 50 Jahre als krisenhaften Prozess, der zunehmend mehr ›Verlierer‹ als ›Gewinner‹ hervorbringt. Im Fokus der Untersuchung steht die soziale Mobilität: das Aufstiegsversprechen, das die kapitalistische Gesellschaft lange geprägt hatte, könne nicht mehr eingelöst werden. Nachtwey analysiert die Merkmale und Mechanismen der »Abstiegsgesellschaft« vor allem am Beispiel Deutschlands, sieht in ihnen aber den Ausdruck allgemeiner Tendenzen, die sich auch in anderen westlichen Staaten beobachten lassen (Nachtwey 2016: 7f.). In den Abstiegsängsten verunsicherter Mittelschichten sieht Nachtwey eine der Hauptursachen für den Rechtspopulismus, den er am Beispiel von Pegida untersucht und als eine Form des Aufbegehrens gegen die »regressive Moderne« deutet.

Die historische Hintergrundfolie für die Diagnose der Abstiegsgesellschaft bildet die gesellschaftliche Konstellation, die Nachtwey »soziale Moderne« nennt (vgl. Nachtwey 2016: 17-41). Charakteristisch für diese Phase ist die fordertische Massenproduktion, die zu steigenden Löhnen und sinkenden Konsumgüterpreisen führt, und die Institutionalisierung des Sozialstaates, der die Bürger*innen gegen Lebensrisiken absichert und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe gewährleistet. Ökonomische Prosperität und Bildungsexpansion ermöglichen den sozialen Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten (vgl. ebd.: 28f.). Mit Ulrich Beck spricht Nachtwey von einem »Fahrstuhleffekt«, der die Un-

gleichheiten innerhalb der Gesellschaft zwar nicht beseitige, das durchschnittliche Lebensniveau jedoch anhebe (vgl. ebd.: 126f.). Anfang der 1970er Jahre erreicht die vom prosperierenden Nachkriegskapitalismus getragene soziale Moderne ihren Höhe- und Endpunkt. Die Ölpreiskrise markiert den Beginn einer historischen Phase, die durch einen fast durchgängigen Rückgang des durchschnittlichen Wachstums der Weltwirtschaft gekennzeichnet ist. Nachdem die Versuche, die wirtschaftliche Stagnation mit keynesianischen Maßnahmen zu überwinden, wirkungslos bleiben, gewinnen neoliberalen Konzepte an politischem Einfluss. Marktzentrierung, Deregulierung und Angebotspolitik zielen auf eine neue Expansion des Kapitalismus, nach außen durch verstärkte Integration der Weltwirtschaft, nach innen, indem neue gesellschaftliche Bereiche kommodifiziert und der Logik der Profitmaximierung unterworfen werden (vgl. ebd.: 49-51). Der neoliberalen Wirtschaftspolitik gelinge es jedoch nicht, den »Trend zum Postwachstumskapitalismus« aufzuhalten (ebd.: 51), der nun zunehmend durch Maßnahmen »regressiver Modernisierung« begleitet wird, welche die Errungenschaften der sozialen Moderne in Frage stellen und teilweise zurücknehmen. Neben einer allgemeinen Tendenz zur Entdemokratisierung nennt Nachtwey unter anderem die Privatisierung gesellschaftlicher Infrastrukturen und die Transformation des Sozialstaates durch die ›Agenda 2010‹.

Am unmittelbarsten erfahren die Individuen die ökonomische Krisentendenz und die sie begleitenden Entwicklungen regressiver Modernisierung in der Arbeitswelt. Durch die Ausweitung atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse entstehe »eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der nicht die Arbeit, sondern die *integrative Arbeit* ausgeht.« (ebd.: 121) Dem beckschen »Fahrstuhl« setzt Nachtwey das Bild einer »Rolltreppe nach unten« entgegen: »*Individuelle* Abstiege oder Abstürze sind bislang kein Massenphänomen, es ist auch nicht unmöglich geworden aufzusteigen. *Kollektiv* betrachtet, geht es für die Arbeitnehmer jedoch wieder abwärts, und die Abstände zwischen oben und unten vergrößern sich.« (ebd.: 127) Als Indikatoren für langfristige Abstiegstendenzen führt Nachtwey die seit Beginn der 1990er Jahre sinkenden durchschnittlichen Nettorealeinkommen und die zunehmende Einkommensungleichheit an (vgl. ebd.: 127-136). Auch in den Teilen der

Mittelschicht, die noch nicht unmittelbar betroffen sind, breitet sich im Zuge des zunehmenden Konkurrenzdrucks und fortschreitender Prekarisierungsprozesse Statusangst aus (ebd.: 147, 152). Viele reagieren auf diese Entwicklungen mit Konformismus und verschärften Distinktionskämpfen, bei denen die eigene soziale Überlegenheit zu Schau gestellt wird, während die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Unterschichten als illegitim und unproduktiv kritisiert und abgewertet werden (ebd.: 166f.). Die prekarisierten Teile der Mittelschicht, die selbst Abstiegserfahrungen machen, neigen einerseits dazu, diese fatalistisch oder individualistisch zu deuten, andererseits zur Ausbildung von Resentiments gegen Schwächeren (ebd.: 168).

Nachtwey spricht mit Blick auf die prekarisierte Arbeitswelt und die zunehmenden Abstiegstendenzen von einer »neue[n] Klassengesellschaft.« (ebd.: 169) Die Klassenverhältnisse seien zwar zu fragmentiert, um Klassenbewusstsein und kollektives Handeln hervorzubringen, allerdings ließen sich immer häufiger Akte des Aufbegehrens gegen die Abstiegsgesellschaft beobachten (vgl. ebd.: 174-179). Zu diesen zählt Nachtwey neben den neuen Arbeitskämpfen, den »postkonventionellen Protesten« der Occupy- und Indignadosbewegung und den neuen »Bürgerprotesten« (z.B. Stuttgart 21) auch den Rechtspopulismus, den er am Beispiel der *Pegida-Bewegung* untersucht. Pegida sei ein »exkludierende[r] Protest der Privilegierten« (ebd.: 216), der »Ausdruck einer von Abstiegsgesängen geplagten und radikalierten Mitte – und des regressiven Aufbegehrens gegen eine marktkonforme Demokratie.« (ebd.: 218) Wie bei Occupy seien es »Fragen der Demokratie, der Verteilung von Ressourcen und der gesellschaftlichen Hierarchie, welche die Pegida-Anhänger auf die Straße treiben – dieses Mal werden diese Punkte jedoch von rechten Wutbürgern thematisiert.« (ebd.: 219) Zugleich sei Pegida jedoch eine »identitäre soziale Bewegung« (ebd.: 219). Die Ablehnung des Islam sei »das neue Gewand eines Rassismus, der die vermeintliche kulturelle Überlegenheit der westlichen Kultur herausstellt.« (ebd.: 223) Dabei gehe es »[i]n Wahrheit [...] jedoch nicht um die Anerkennung ethnischer Differenz, sondern um den Erhalt von Etablierten vorrechten.« (ebd.: 219) Der sich verschärfende Wettbewerb und die Angst vor dem Abstieg bringen in den unteren Mittelklassen

einen »ganz eigenen Autoritarismus hervor.« (ebd.: 220) Die Ressentiments und Stereotype von Pegida hätten eine Orientierungsfunktion. Vereinfachungen und Verschwörungstheorien reduzieren die Unübersichtlichkeit der Gesellschaft, eigene Abstiegssorgen würden auf Fremdgruppen übertragen (vgl. ebd.: 221). Zentral sei, dass sich der Autoritäre konformistisch verhalte, sich dem, worunter er leide, unterwerfe und seine Aggression nicht gegen die Herrschenden, sondern gegen die richte, »die anders und vermeintlich unproduktive Mitesser in einem unter Stress stehenden Sozialsystem sind: Flüchtlinge, Migranten und Muslime.« (ebd.: 221)

Neben Nachtwey ist Klaus Dörre eine zweite prominente Stimme in der Debatte, die den Rechtspopulismus aus einer ökonomischen Problemkonstellation ableitet, ohne jedoch einen unmittelbaren Zusammenhang von ökonomischer Betroffenheit und rechter Orientierung zu behaupten. Auch Dörre geht davon aus, dass der Rechtspopulismus eine Reaktion auf die Unsicherheit und Ungleichheit darstellt, die durch Globalisierung, Sozialstaatsabbau und marktzentrierte Strukturreformen hervorgebracht wurden (Dörre 2018: 52f.). »Der neue Rechtspopulismus ist – nicht ausschließlich, aber doch signifikant – eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes« (Dörre 2016: 261). Rechte und rassistische Deutungsmuster entstehen jedoch nicht durch die ökonomischen Verwerfungen, sondern besitzen eine Eigenständigkeit und sind in Teilen der Gesellschaft schon lange verankert. Bereits vor dem jüngsten Erstarken rechtspopulistischer Parteien hätten insbesondere Teile der lohnabhängigen Klassen ihre Situation mithilfe rechter Weltbilder interpretiert (Dörre 2018: 53f.). In empirischen Untersuchungen zur Verbreitung rechtspopulistischer Deutungsmuster in Betrieben identifiziert Dörre drei Idealtypen (Dörre 2016: 262f.; vgl. auch Dörre 2007). Der rebellische Typus finde sich vor allem unter Arbeitslosen und prekär Beschäftigten und weise ein stark emotional besetztes und weitgehend geschlossenes Weltbild auf. Feindbildkonstruktionen haben hier vor allem die Funktion, die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe zu markieren. Der konservierende Typus sei insbesondere bei formal gut integrierten Beschäftigten anzutreffen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen und Ressentiments gegen andere »ge-

zielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status« einsetzen (Dörre 2016: 263). In höheren und abgesicherten Positionen sei schließlich vor allem der konformistische Typus anzutreffen, der sich durch eine affirmative Haltung zum marktzentrierten Umbau der Gesellschaft auszeichne. Der eigenen Anpassung an Leistungsnormen entspricht die Erwartung, dass auch alle anderen sich anpassen sollen. Wer das nicht kann oder will, soll nicht dazugehören.

Dörre ist einerseits bemüht, rechte und rassistische Deutungsmuster in ihrer Eigenständigkeit ernst zu nehmen (vgl. Dörre 2018: 58), andererseits versucht er, sie in einem »umfassenderen Netz gesellschaftlicher Verhältnisse zu verorten« (ebd.: 58), womit vor allem Klassenverhältnisse gemeint sind. Rassistische Deutungsmuster könnten »die Welt nur erklären, weil sie einen rationalen klassenpolitischen Kern besitzen.« (ebd.: 60) Um diesen Zusammenhang näher zu bestimmen, formuliert Dörre eine »Umdeutungs-These« (ebd.: 51). Rechte und rassistische Weltbilder seien geeignet, die soziale Frage zu besetzen und auf eine bestimmte Weise zu interpretieren, indem sie »die Gegensätze zwischen oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten.« (ebd.: 51) Da die ökonomische Macht der Märkte diffus und abstrakt sei, könne die Kritik an ihr ganz unterschiedlich politisiert werden. Der Rechtspopulismus formuliere seine Markt-Kritik nicht »klassenuniversalistisch«, sondern »reaktionalistisch« (Dörre 2016: 262). In einer Situation, in der bei den Lohnabhängigen kaum noch Bewusstsein für Ausbeutungsstrukturen bestehe und keine Möglichkeit gesehen werde, eigene Ansprüche in Verteilungskonflikten durchzusetzen, bietet das rechtspopulistische Weltbild die Aussicht, durch Ausgrenzung von Fremdgruppen »das eigene Stück vom Kuchen [...] bewahren zu können« (Dörre 2018: 53) oder die »eigene Not durch Abwertung, Unterdrückung und Ausplünderung noch schwächerer Gruppen zu lindern.« (ebd.: 65) Die rassistischen Fremdbilder erfüllen nach Dörre also primär die ökonomische Funktion, die Fremden als Konkurrenten auszusortieren, während mittels kollektiver Selbstbilder wie Volk und Nation »Solidarität zu einer exklusiven Ressource« erklärt wird (ebd.: 55).

Während Autor*innen wie Nachtwey, Dörre und andere den Rechtspopulismus als Reaktion auf allgemeine destruktive Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus interpretieren, führt ihn Philip Manow (2018) in seiner Studie *Die politische Ökonomie des Populismus* auf einen ökonomischen Konflikt zwischen Migrant*innen und »Einheimischen« zurück. Manows Ansatz verdient nicht nur deshalb eine ausführlichere Behandlung, weil er zu den elaboriertesten ökonomischen Erklärungsversuchen zählt, sondern vor allem, weil sich die These, der Rechtspopulismus entstehe aus einem Verteilungskonflikt, auch bei vielen anderen Autor*innen findet. Manow verweist zunächst darauf, dass sich die objektive Modernisierungsverliererthese in vielen Fällen empirisch nicht belegen lässt. Die Schlussfolgerung, der Populismus habe keine ökonomischen Ursachen, sondern müsse kulturell erklärt werden, sei jedoch voreilig. Vielmehr sei davon auszugehen, dass es unterschiedliche ökonomische Problemkonstellationen gebe, die den Populismus hervortreiben. Um diese zu beschreiben, müssten zunächst einmal Handel und Migration als zwei zentrale Ausprägungen ökonomischer Globalisierung unterschieden werden. Beides hätte sich in den letzten 30 Jahren intensiviert (Manow 2018: 42f.). Die unterschiedlichen Ausprägungen des Populismus seien dadurch zu erklären, dass die Staaten aufgrund ihrer jeweiligen Wirtschafts- und Wohlfahrtsmodelle von dieser Entwicklung ganz unterschiedlich betroffen sind. Mit Blick auf Europa unterscheidet Manow, grob an der geographischen Lage orientiert, zwischen einem westlichen, einem südlichen, einem östlichen und einem nord- und mitteleuropäischen Modell (ebd.: 61-69). Was die inhaltliche Ausrichtung des Populismus betrifft, sei zunächst festzustellen, dass im Norden der Rechtspopulismus, in Südeuropa hingegen vor allem der Linkspopulismus erfolgreich sei. Manow führt das darauf zurück, dass in den *südeuropäischen Ländern* vor allem die Güterglobalisierung zu einem Problem werde, da die stark auf heimische Nachfrage ausgelegten Ökonomien im Zuge der europäischen Integration und der sich entwickelnden Staatsschuldenkrise enorm unter Druck geraten seien (ebd.: 63f.). Der Protest richte sich daher linkspopulistisch gegen freien Handel und die Austeritätspolitik. Migration führe in den südeuropäischen Ländern hingegen zu keinen

Verteilungsproblemen, da deren Wohlfahrtsstaaten stark klientelistisch geprägt und Leistungen nur für Arbeitsmarkt-Insider zugänglich seien. Ein umfassendes nationales System der Grundsicherung gebe es in den meisten Ländern nicht; Migrant*innen, die in diesen Ländern ankommen, versuchen daher gar nicht erst, sozialstaatliche Leistungen zu beziehen, sondern arbeiten entweder für niedrige Löhne und ohne soziale Absicherung im informellen Sektor oder ziehen weiter nach Norden.

In den anderen drei Wirtschaftsmodellen hingegen werde die Migration – in unterschiedlichen Formen und aus unterschiedlichen Gründen – zu einem zentralen ökonomischen Problem. In den *westlich-angelsächsischen Ökonomien*, die durch flexible und offene Arbeitsmärkte und einen wenig großzügigen Wohlfahrtsstaat charakterisiert sind, entstehe durch zunehmende Migration ein Verteilungskonflikt am Arbeitsmarkt. Manow hat hier vor allem das Beispiel Großbritannien vor Augen, wo nach der EU-Osterweiterung 2004 die Arbeitsmigration stark zugenommen hatte. Es sind vor allem die Arbeitsmarktoutsider (etwa im niedrigqualifizierten Dienstleistungssektor), die direkt mit den Migrant*innen konkurrieren und die dann zu den Trägern des rechtspopulistischen Protests werden (ebd.: 126-130). Die Modernisierungsverliererthese trifft für das westliche Modell also durchaus zu, nicht jedoch für die *nord- und kontinentaleuropäischen Länder*. Dort sind es nicht die »Verlierer«, sondern die Arbeitsmarktinsider, die den rechtspopulistischen Protest tragen. Der Grund dafür sei, dass sich der Konflikt zwischen »Einheimischen« und Migrant*innen in diesen Ländern nicht am Arbeitsmarkt, sondern am Wohlfahrtsstaat entzündet (ebd.: 64-69). Das mittel- und nordeuropäische Wirtschaftsmodell zeichnet sich durch eine ausgeprägte Exportorientierung, eine hohe Produktivität und ein hohes Lohnniveau aus, woraus sich ein ebenfalls hohes Preisniveau ergibt. Das macht einen großzügigen Wohlfahrtsstaat notwendig, der durch eine Statussicherung für Arbeitsmarktinsider und eine Grundsicherung für Arbeitsmarktoutsider die negativen Folgen der Güterglobalisierung kompensiert. Aufgrund der starken Regulierung der Arbeitsmärkte sind diese Länder für Arbeitsmigrant*innen wenig attraktiv, ihre ausgeprägte Sozialstaat-

lichkeit macht sie jedoch zum Anlaufpunkt für Fluchtmigration, nach Manow »genau jene Art von Migration, die in dieses Modell nicht hineinpasst – und führt dann zur Beanspruchung der großzügigen sozialen Grundsicherung, was vorhersehbar politischen Insider-Protest provoziert.« (ebd.: 67)

Es entstehe also eine Konkurrenzsituation zwischen Migrant*innen, die Grundsicherung in Anspruch nehmen, und den »Einheimischen«, die aktuell oder potenziell auf sie angewiesen sind. Die rechtspopulistischen Parteien in den Ländern, die sich dem mittel- und nordeuropäischen Modell zuordnen lassen, reagieren darauf, indem sie sich tendenziell für Umverteilung und sozialstaatliche Absicherung aussprechen, diese allerdings für Inländer reservieren wollen. Manow charakterisiert diese Strategie als wohlfahrtschauvinistisch (ebd.: 45). Die rechtspopulistischen Parteien bieten damit »einen durchaus neuen programmatischen Mix, nämlich eine Kombination von soziokulturell rechten (Grenzen zu – für Personen, nicht für Güter; Islam- und EU-Kritik; ein Schuss Polemik gegen ›Genderwahn‹ etc.) und sozioökonomisch linken Positionen (pro Umverteilung).« (ebd.: 45)

Die *osteuropäischen Ökonomien* sind liberal im Außenhandel, da sie vom Export von Halbfabrikaten in die Industrien des Nordens und Westens abhängen, verfügen aber aufgrund mangelnder Wirtschaftskraft über keinen großzügigen Wohlfahrtsstaat. Wie im westlichen Modell sind es auch hier vor allem die Outsider, die rechtspopulistische Parteien wählen. Was die Migration betrifft, sind die osteuropäischen Länder in einer paradoxen Lage: einerseits sind sie Entsender von Arbeitsmigrant*innen, andererseits spielt die Ablehnung von (Flucht-)Migration im osteuropäischen Rechtspopulismus eine zentrale Rolle (ebd.: 57f.). Da der Anteil an Migrant*innen insgesamt gering ist, stößt die These vom ökonomischen Konflikt hier allerdings an Grenzen. Manow behilft sich mit Verweisen auf kulturelle und historische Faktoren (ebd.: 59, 118).

Die Charakterisierung des Rechtspopulismus als wohlfahrtschauvinistisch ist in der Literatur weit verbreitet, wobei viele Autor*innen im Gegensatz zu Manow offenlassen, ob und inwieweit »Einheimische« tatsächlich mit Migrant*innen um sozialstaatliche Leistungen konkur-

rieren. Gelegentlich wird auf Überlegungen Karl Polanyis zurückgegriffen, um Globalisierung und Finanzialisierung als Entbettung des Marktes auf einem neuen Niveau zu bestimmen. Der Wohlfahrtsstaat werde zurückgedrängt und kann sein Schutzversprechen immer weniger einlösen. Durch den Rechtspopulismus werde nun der Schutz des Staates vor dem globalisierten Kapitalismus in nationalistisch-exklusiver Weise eingefordert (vgl. Bieling 2017; Dörre 2019; Streeck 2021).

Eine weitere Erklärungsvariante bringt den Aufstieg des Rechtspopulismus in Zusammenhang mit der *Finanz- und Wirtschaftskrise* von 2008 und ihren Auswirkungen, die bis heute die ökonomische Situation in vielen Ländern prägt. Funke, Schularick und Trebesch (2016) kommen in einer breit angelegten, vergleichenden Untersuchung zu den politischen Auswirkungen von Finanzkrisen zu dem Ergebnis, dass diese regelmäßig rechten bis rechtsextremen Parteien zu einem Aufschwung verhelfen. Die Autoren betonen, dass dieser Effekt nicht bei allen Formen von Wirtschaftskrisen, sondern nur bei Finanz- und Banken Krisen zu beobachten sei. Als einen der Gründe vermuten sie, dass Finanzkrisen, im Gegensatz zu sektoral oder regional begrenzten Krisenerscheinungen, das ökonomische System als Ganzes in Frage stellen und besonders viele Menschen betreffen.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise werden häufig so beschrieben, dass bestehende ökonomische Problemlagen verstärkt werden. Bischoff, Gauthier und Müller (2015: 33) sprechen etwa davon, dass die Krise eine erneute »dramatische Zuspitzung der Verteilungauseinandersetzungen in den von der Finanzialisierung geprägten kapitalistischen Gesellschaften« mit sich bringe. Die Krise und die restriktiven Austeritätsmaßnahmen, die in vielen Ländern in Reaktion auf die Krise durchgeführt wurden, führen zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, befördern Prekarität und soziale Exklusion, verschärfen den Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten und den Druck in den Betrieben (vgl. etwa Keskinen/Norocel/Jørgensen 2016). In den so argumentierenden Texten wird der Krise keine eigene Qualität zugesprochen, über die sich die Besonderheiten des Rechtspopulismus verstehen ließen. Sie verschärft nur die Probleme, die vorher bereits vorhanden waren. Die Autor*innen, die auf den Einfluss der Krise verweisen, fügen daher den öko-

nomischen Erklärungsmustern, die bereits diskutiert wurden, nichts Neues hinzu. Sie greifen auf die gleichen Annahmen zurück, um den Zusammenhang zwischen ökonomischen Ursachen und dem Erstarken des Rechtspopulismus zu erklären.

Kritik der ökonomischen Erklärungsansätze

Die eben dargestellten Ansätze teilen die Grundannahme, dass ökonomische Entwicklungen für das Erstarken des Rechtspopulismus ausschlaggebend sind. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der ökonomischen Faktoren und Problemlagen, die sie als ursächlich ansehen, und hinsichtlich der Charakterisierung der ökonomischen Programme und Ziele des Rechtspopulismus. Zudem unterscheiden sie sich darin, ob sie mit Blick auf die Anhänger*innen von einem direkten und objektiven oder einem eher indirekten, durch subjektive Wahrnehmungen und Ängste vermittelten Zusammenhang zwischen ökonomischer Betroffenheit und der Herausbildung rechter Orientierungen ausgehen.

Gerade für Autor*innen, die sich der politischen Linken zurechnen, scheinen ökonomische Deutungen in ihren verschiedenen Varianten eine hohe Plausibilität zu haben. Für sie scheint es naheliegend, dass Neoliberalismus und Globalisierung, der Rückbau des Sozialstaates, die zunehmende Ungleichheit, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und schließlich die Wirtschaftskrise und das technokratische ›Krisenmanagement‹ irgendwann zu einer Reaktion führen müssen, die sich gegen den Kapitalismus oder zumindest gegen seine destruktivsten Auswirkungen richtet. Die Neigung, im Rechtspopulismus eine Bewegung mit kapitalismuskritischer Stoßrichtung zu sehen, ist daher weit verbreitet. Für die Beurteilung der ökonomischen Erklärungsversuche und für meine weitere Argumentation ist es wichtig herauszustellen, dass die These von den ökonomischen *Ursachen* des Rechtspopulismus durchgängig die Annahme einschließt, dass sowohl für die Protagonist*innen als auch für die Gefolgschaft ökonomische Motive ausschlaggebend sind. Für den Großteil der Anhänger*innen wird angenommen, dass die Wahrnehmung ökonomischer Missstände und der Wunsch, etwas dagegen zu unternehmen, den primären Grund für die

Hinwendung zum Rechtspopulismus darstellt. Und von den politischen Programmen und Forderungen der Parteien und Bewegungen wird angenommen, dass sie in einem rationalen Verhältnis zu einem ökonomischen Problem oder Bedürfnis stehen, sei es, dass sie ein spezifisches ökonomisches Interesse vertreten, sei es, dass sie in diffuser Weise Protest an ökonomischen Missständen artikulieren.

Neben der nicht nur unter Marxist*innen verbreiteten Auffassung, dass politische Positionen von ökonomischen Interessen (mit-)bestimmt werden, sprechen zwei historische Koinzidenzen für eine ökonomische Erklärung des Rechtspopulismus. Zum einen wird der Beginn der als problematisch beurteilten ökonomischen Entwicklungen, sei es die Globalisierung, der Siegeszug des Neoliberalismus oder die »Abstiegsgesellschaft«, von vielen Autor*innen zwischen Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre verortet, was dem Zeitraum entspricht, in dem sich viele rechtspopulistische Parteien neu gründeten oder erste größere Erfolge erzielen konnten. Zum zweiten fällt der zeitgenössische ›Rechtsruck‹ in die Zeit nach der Weltwirtschaftskrise von 2008.⁶ Viele rechtspopulistische Parteien formulierten eine Kritik der staatlichen ›Rettungspolitik‹. Für die AfD und die Tea Party-Bewegung in den USA war sie der Gründungsanlass. Zudem haben sozialpolitische Themen in den Programmen rechtspopulistischer Parteien inzwischen einen hohen Stellenwert. Während der Rechtspopulismus der 1980er und 90er Jahre zumeist eine klar wirtschaftsliberale Agenda vertrat, lässt sich in jüngerer Vergangenheit eine Verschiebung zu wohlfahrtsstaatlichen Positionen bis hin zu einer sozialprotektionistischen Kritik an Globalisierung, Finanzmarktkapitalismus und Freihandel feststellen (Jörke/Nachtwey 2017).

Die Elitenkritik des Rechtspopulismus wird von den Vertreter*innen ökonomischer Ansätze vor allem dahingehend interpretiert, dass die Eliten als die Verantwortlichen für ökonomische Fehlentwicklungen adressiert werden. Gerade die Gruppen werden angegriffen, die Neoliberalismus und ökonomische Globalisierung vorangetrieben und legi-

⁶ Jörke/Selk (2017: 36, 38) sprechen von einer zweiten und dritten Welle des Populismus in Europa.

timiert haben: die links- und rechtsliberalen Politiker*innen, die technokratischen Expert*innen und die Medien (vgl. etwa Streeck 2017). Auch die rechtspopulistische EU-Kritik wird mit ökonomischen Motiven erklärt. Demnach werde die EU vor allem deshalb abgelehnt, weil sie die Möglichkeiten der Nationalstaaten zur Kontrolle der Wirtschaft beschränkt habe und allgemein für die neoliberalen Globalisierung stehe (vgl. Bieling 2017: 563). Das zweite zentrale Feindbild des Rechtspopulismus, die Fremden in Gestalt von Migrant*innen, Muslim*innen und Minderheiten, lässt sich weniger leicht in den ökonomischen Erklärungsansatz einordnen. Dass etwa die Rede von der »Überfremdung« oder einer »Islamisierung des Abendlandes« durch ökonomische Interessen motiviert sein soll, ist schwer vorstellbar. Auch die Abwehr von Frauen- und LGBTQIA+-Rechten und die aggressive Agitation gegen Feminismus und »Gender« lassen sich nicht ohne weiteres mit ökonomischen Motivlagen in Verbindung bringen.

Bei den Autor*innen, die einen ökonomischen Erklärungsansatz vertreten, gibt es zwei typische Formen, mit diesen »kulturellen« Themen des Rechtspopulismus umzugehen. Die *erste* besteht darin, diese Themen in der Darstellung zu marginalisieren, als nicht weiter erklärungsbedürftig zu behandeln oder ganz auszublenden. So spricht etwa Philipp Manow (2018: 45) davon, dass die rechtspopulistischen Programme einen »Schuss Polemik gegen ›Genderwahn‹ etc.« enthielten und impliziert damit, das Thema der Geschlechterverhältnisse sei innerhalb des Rechtspopulismus nebensächlich. Entsprechend findet es im Erklärungsschema seiner *Politischen Ökonomie des Populismus* keine Berücksichtigung. Wie ich im weiteren Verlauf zeigen werde, ist aber das Gegenteil der Fall: Geschlecht, Familie und Sexualität nehmen nicht nur rein quantitativ einen großen Raum im rechtspopulistischen Diskurs ein, sondern gehören zum Kern dessen, was ich als rassistische Mythologie rekonstruieren werde. Ein Beispiel dafür, wie man über den (Rechts-)Populismus schreiben und dabei seine rassistischen, misogynen und antifeministischen Gehalte vollständig ausblenden kann, liefern die Debattenbeiträge von Wolfgang Streeck. Die Anhänger*innen des Populismus porträtiert er als Opfer der Globalisierung, die deren Zumutungen nicht länger hinnehmen wollen und legitime Ge-

genwehr organisieren. Die völkisch-rassistische und misogyne Agenda des Rechtspopulismus bleibt unerwähnt. Nur an einer Stelle heißt es verklausuliert, dass es zu »Verstößen gegen die geltenden Regeln zivilisierten öffentlichen Sprechens« (Streeck 2017: 263) kommt, was Streeck damit erklärt, dass »für die Artikulation von Protest gegen den kapitalistischen Modernisierungsdruck nur noch das unbehandelte sprachliche Rohmaterial vorpolitischer Deprivationserfahrungen zur Verfügung steht.« (ebd.: 263) Wenn bei Pegida-Veranstaltungen »Absaufen« skandiert wird, dann in Streecks Lesart also deshalb, weil die Anwesenden ihre Kritik am »kapitalistischen Modernisierungsdruck« nicht anders auszudrücken wissen.

Eine zweite Form, mit der Diskrepanz zwischen den unterstellten ökonomischen Motiven und der Vielzahl an »kulturellen« Themen des Rechtspopulismus umzugehen, lässt sich als *ökonomischer Reduktionismus* bezeichnen. Hier werden Nationalismus, Rassismus, Sexismus und die Agitation gegen Feminismus und LGBTQIA+ zunächst ausführlicher thematisiert, anschließend aber auf *dahinterliegende* ökonomische Motive, Ursachen oder Funktionen zurückgeführt. So werden etwa aufwertende Selbst- und abwertende Fremdzuschreibungen aus der ökonomischen Konkurrenz zwischen Gruppen erklärt. Abwertende Zuschreibungen an Migrant*innen und Minderheiten von Seiten derer, die sich als »Einheimische« verstehen, resultieren demnach aus einer tatsächlichen oder wahrgenommenen Konkurrenz und erfüllen die Funktion, den Ausschluss der Fremdgruppen aus der Konkurrenz oder ihre Benachteiligung in Verteilungsfragen zu legitimieren. So bezeichnet Dörre (2018: 53) rassistische Ressentiments als »Mittel«, um sich in der »Konkurrenz um Status und Beschäftigung« durchzusetzen. Ganz analog erklärt Koppetsch den rechten Antifeminismus mit dem Aufstieg gebildeter Frauen und der sich daraus ergebenden zunehmenden Konkurrenz (Koppetsch 2019: 137-145). Bei Manow (2018) führt die Annahme, dass sich die rechtspopulistische Ablehnung der Migration vollständig aus der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen erklären lässt, dazu, auf problematisierende Begriffe wie Rassismus zu verzichten. Die Identifikation mit dem Eigenen und die Abwertung der Fremden folgt einem ökonomisch-strategischen Kalkül: es geht um

die Wahrnehmung von Eigeninteressen in der Konkurrenz um knappe Güter; das mag, so Manows implizites Urteil, vielleicht egoistisch und unschön sein, mit Rassismus hat es aber nichts zu tun.

Die Konkurrenz als grundlegendes Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft als erklärenden Faktor heranzuziehen, scheint zunächst plausibel, zumal sich im Zuge der Globalisierung und der zunehmenden Kommodifizierung von Sozialbeziehungen Konkurrenzverhältnisse ausgebreitet und verschärft haben. Tatsächlich finden sich im rechtspopulistischen Diskurs viele Argumente gegen Migrant*innen und insbesondere Geflüchtete, die sich auf ökonomische Verteilungskonflikte beziehen und als wohlfahrtschauvinistisch charakterisieren lassen. Auch die Notwendigkeit eines starken und unabhängigen Nationalstaats wird oftmals mit ökonomischen Argumenten begründet – man denke an Donald Trumps Polemik gegen Freihandelsabkommen oder das »unfaire« Verhalten des Weltmarktkonkurrenten China.

Ich möchte im Folgenden jedoch zeigen, dass der Versuch, die Identifikation mit dem Eigenen und die Abwertung der Fremden auf ein Mittel zur Durchsetzung von Interessen in der ökonomischen Konkurrenz zu reduzieren, einige fundamentale Probleme aufweist – ganz unabhängig davon, ob man diesen Komplex als nationalistisch, wohlfahrtschauvinistisch oder rassistisch bezeichnet. Zunächst einmal überspringt die Erklärung einen Schritt, weil die Gruppen, die in Konkurrenz zueinander stehen sollen, einfach vorausgesetzt werden. Konkurrenz bezeichnet das Verhältnis, in dem sich – zumindest potenziell – alle Marktsubjekte zueinander befinden. In der ökonomischen Konkurrenz gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das sich auf eine bestimmte Arbeitsqualifikation und Arbeitsleistung bezieht und dabei von sonstigen Identitätsmerkmalen wie Geschlecht, Herkunft und Kultur abstrahiert. Auch die Angehörigen eines Nationalstaates konkurrieren untereinander um Arbeitsplätze und in einigen Fällen um staatliche Leistungen, wobei in der Regel niemand auf die Idee kommt, eine Gruppenkonkurrenz zwischen Bayern und Sachsen oder zwischen Menschen mit roten und braunen Haaren zu behaupten. Wenn nun eine Konkurrenz zwischen »Einheimischen« und Fremden behauptet wird, setzt das voraus, dass diese Gruppen bereits unter-

schieden wurden. Die Konstruktion von Gruppen lässt sich selbst nicht aus der Konkurrenz erklären.

Das Kriterium, nach dem Menschen im rechtspopulistischen Diskurs als dem Eigenen zugehörig oder als fremd definiert werden, ist nicht allein die Staatsbürgerschaft. Vielmehr erfolgt die *Zuordnung* zu einer Gruppe anhand sichtbarer Merkmale, kultureller Praktiken und Lebensstile (etwa muslimischer Glaube), wobei Abstammung (»Migrationshintergrund«) und körperliche Merkmale wie Hautfarbe und Aussehen eine hervorgehobene Rolle spielen. Die Zuordnung zu einer Gruppe wird mit der Vorstellung verbunden, dass alle, die zu dieser Gruppe gehören, bestimmte Eigenschaften teilen – eine Annahme, die oftmals mit dem Ausdruck »Kultur« bezeichnet wird. Entsprechend beziehen sich auch alle Argumente, die gegen die Fremden vorgebracht werden, auf diese »kulturellen« Eigenschaften, etwa wenn davon die Rede ist, dass ihre Lebensweise »ganz anders« als die eigene sei und daher nicht »zu uns« passe. Auch da, wo dezidiert ökonomische Gründe für die Ablehnung der Fremden vorgebracht werden, stehen solche Zuschreibungen im Hintergrund. Das Argument etwa, dass die Aufnahme von Geflüchteten notwendigerweise zu einer Überlastung des Sozialstaates führen müsse, der sich doch zuallererst um die Nöte der »Einheimischen« kümmern solle, beruht auf der Prämisse, dass die Geflüchteten ihrem Wesen nach ungebildet und unproduktiv sind und daher jetzt und in Zukunft nur als Empfänger*innen von Sozialleistungen, nicht aber als Erwerbstätige und Einzahler*innen in Betracht kommen.

Im Kontext der Debatte um die »Flüchtlingskrise« kann dieser Punkt leicht übersehen werden. Es wird dann behauptet, die »Migrationskritiker*innen« fänden es ungerecht, wenn Menschen, die als Nicht-Staatsangehörige nichts ins Sozialsystem eingezahlt hätten, nun einfach so von ihm profitieren würden. Dass diese Gruppenkonstruktion und die entsprechenden Zuschreibungen nicht an Staatsbürgerschaft gekoppelt sind, wird jedoch schnell deutlich, wenn man Diskurse über Minderheiten – die Fremden im Inneren – in den Blick nimmt. Die rassistische Prämisse einer scheinbar rein politisch-ökonomischen Argumentation lässt sich anhand der Untersuchung von Skocpol und Williamson (2016) zur Tea-Party-Bewegung

illustrieren. Viele der Tea-Party-Anhänger*innen sprechen sich gegen einen zu großzügigen Sozialstaat aus. Bei genauerer Nachfrage zeigt sich, dass nur die Programme und Leistungen abgelehnt werden, von denen angenommen wird, dass sie vorwiegend Schwarzen zugutekommen – und das, obwohl einige der Befragten selbst solche Leistungen beziehen. Befürwortet werden hingegen Sozialleistungen, von denen angenommen wird, dass vor allem Weiße profitieren (Skocpol/Williamson 2016: 59–71). Die Befragten äußern das nicht direkt, treffen aber eine Unterscheidung zwischen denen, die es »verdienen« und denen, die es »nicht verdienen«. Die ökonomisch anmutenden Argumente gegen Geflüchtete beruhen auf derselben Voraussetzung. Die Fremden sollen nicht deshalb nicht zu uns kommen, weil sie ökonomisch noch nichts beigetragen haben, sondern weil »sie« in einer fundamentalen Weise *anders* sind als »wir« und deshalb weder etwas beitragen können noch sollen. Ich werde weiter unten argumentieren, dass diese Form der Eigen- und Fremdgruppenkonstruktion als Rassismus begriffen werden sollte (vgl. 3.1). Unabhängig davon sollte aber deutlich sein, dass der Wahrnehmung einer Konkurrenz zwischen Gruppen die Konstruktion dieser Gruppen vorausgegangen sein muss.

Nun könnte man argumentieren, dass sich eine rassistische Gruppenunterscheidung zwar nicht aus der Konkurrenz ableiten lässt, aber dennoch eine ökonomische Funktion in ihr erfüllen kann. Tatsächlich kann es im Wettbewerb um ökonomische und gesellschaftliche Machtpositionen durchaus von strategischem Interesse und von handfestem materiellem Vorteil sein, sich rassistisch zu identifizieren und die Fremden auszutrennen. Problematisch ist jedoch die bei vielen Autor*innen zu beobachtende Tendenz, den Rassismus auf dieses instrumentelle Moment zu reduzieren. Dass sein Kern damit verfehlt wird, zeigt sich schon daran, dass er neben ökonomischen Motiven auch eine große Bandbreite von Bildern, Zuschreibungen und Narrativen aufweist, die sich auf die Sphäre der Kultur und der Geschlechterverhältnisse beziehen. Den Fremden wird nicht nur vorgeworfen, unproduktiv zu sein, sondern dass ihre gesamte Lebensweise und Kultur, von ihrer fundamentalistischen Religiosität und ihren patriarchalen Familien- und Geschlechtervorstellungen, bis hin zu

ihrer Kleidung und ihren Essgewohnheiten, rückständig sei und nicht zu einer modernen Gesellschaft passe. Darüber hinaus ist die Idee zentral, dass die Fremden trotz ihrer ökonomischen Unterlegenheit mit ihrer Lebensweise das Eigene verdrängen (»Überfremdung«, »Islamisierung«, »Großer Austausch«). Betrachtet man den rassistischen Diskurs im Ganzen, so machen diese kulturellen Narrative und Zuschreibungen verglichen mit den ökonomischen den weitaus größeren Teil aus. Wie ich später zeigen werde, kommt man dem Verständnis des Rassismus näher, wenn man den ökonomischen Reduktionismus gewissermaßen umdreht: es ist nicht nur *nicht* so, dass sich hinter den kulturellen Stereotypen ökonomische Motive verborgen; vielmehr müssen die ökonomischen Stereotype, die neben kulturellen, sozialen, sexuellen Stereotypen stehen, umgekehrt als eine von mehreren variablen *Ausdrucksformen* des Rassismus begriffen werden.

Neben der Ableitung der aufwertenden Selbst- und abwertenden Fremdbilder aus der Konkurrenz gibt es jedoch noch andere Formen des ökonomischen Reduktionismus. Verbreitet ist etwa die Vorstellung, dass es sich bei den nicht-ökonomischen Themen des Rechtspopulismus, die sich um Kultur und Identität drehen, um verzerrte Ausdrucksformen oder Umdeutungen einer eigentlich ökonomischen Problematik handelt. Klaus Dörres Überlegungen sind hier exemplarisch. Zwar betont Dörre, Rassismus und rechtes Denken weder kausal noch logisch auf ökonomische Interessen reduzieren zu wollen. Indem er von einem »rationalen klassenpolitischen Kern« (Dörre 2018: 16) des Rassismus spricht, tut er es aber dennoch. Zwischen dem ökonomischen »Kern« und dem manifesten rechten Weltbild soll die »Umdeutungs-These« vermitteln. Wie genau Dörre sich diesen Prozess der Umdeutung vorstellt, bleibt jedoch unklar. An einer Stelle ist die Rede davon, dass die Macht von Märkten abstrakt sei und sich unterschiedlich politisieren lasse. In diesem Falle wäre das rechte Denken eine bestimmte Deutung ökonomischer Macht und der von ihr bewirkten Verwerfungen. Allerdings wäre damit noch nicht erklärt, warum ein eigentlich ökonomisches Verhältnis – das Klassenverhältnis zwischen oben und unten – als Kampf zwischen kulturellen Gruppen, zwischen Innen und Außen interpretiert wird. An anderen Stellen betont Dörre, dass

es sich um eine *Umdeutung* handelt, also die Veränderung einer bereits bestehenden Deutung, die das zentrale gesellschaftliche Problem in der »sozialen Frage« erblickt. Wer vertritt diese Deutung und wer nimmt die Umdeutung vor? Dörre legt nahe, dass diejenigen, die sich dem Rechtspopulismus zuwenden, ursprünglich und eigentlich ein angemessenes Verständnis der ökonomischen Problematik und ihrer eigenen ökonomischen Interessen haben, bevor dann in einem zweiten Schritt der Rechtspopulismus auf der Bühne erscheint, um »die soziale Frage mit ethnopluralistisch-nationalistischen Deutungsmustern zu besetzen.« (ebd.: 51) Was Lohnabhängige überall in Deutschland auszeichne sei »der Wunsch nach einem fairen Kapitalismus.« (ebd.: 54) Die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv, das »Deutschsein«, sei als »Chiffre für ein gutes, weil normales Leben« (ebd.: 55) zu verstehen. »In ein bipolares Innen-Außen-Schema eingepasst, verwandelte sich alltägliche Sozialkritik in eine Legitimation für die Ausgrenzung Fremder, Leistungsunwilliger, kulturell nicht integrierbarer Gruppen.« (ebd.: 53) Das Muster der Argumentation macht deutlich, dass für Dörre hinter den rechten Semantiken im Grunde ein legitimer Interessenstandpunkt und eine daraus abgeleitete Sozialkritik stehen. Warum und auf welche Weise sich die realitätsadäquate und rationale klassenpolitische Deutung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine rechte und rassistische transformiert, bleibt offen. Gerade durch diese Unbestimmtheit entsteht der Eindruck, das rechte Deutungsmuster sei lediglich eine ideologische Verirrung. »Alltägliche Sozialkritik« (ebd.: 53) und »der Wunsch nach einem fairen Kapitalismus« (ebd.: 54) erscheinen als das ursprüngliche und eigentliche Bewusstsein der Anhänger*innen des Rechtspopulismus, der manifeste Rassismus hingegen als sekundäre Verzerrung.

Auch Nachtwey kombiniert in seiner Erklärung des Rassismus die Konkurrenzthese mit der Idee einer ideologischen Verschiebung oder Verzerrung. Wie wir gesehen haben, bestimmt er Pegida zunächst eindeutig als eine ökonomisch motivierte Form des »Aufbegehrens gegen eine marktkonforme Demokratie.« (Nachtwey 2016: 218) Gleichzeitig möchte er den ›kulturellen‹ Themen von Pegida Rechnung tragen und betont, dass es sich auch um eine »identitäre soziale Bewegung«

(ebd.: 219) mit rassistischen Ansichten handele. Das Verhältnis von ökonomischen und kulturellen Motiven wird anschließend auf zwei unterschiedliche Weisen bestimmt. Zunächst behauptet Nachtwey, beim antimuslimischen Rassismus gehe es »[i]n Wahrheit [...] nicht um die Anerkennung ethnischer Differenz, sondern um den Erhalt von Etabliertenvorrechten.« (ebd.: 219) Die Behauptung kultureller Unterschiede und die kulturell begründete Abwertung der Fremden ist nach dieser Lesart nur vorgeschenen: sie dient als strategisches Mittel in einem Verteilungskonflikt um knappe Ressourcen, in dem die Etablierten ihre privilegierte Position verteidigen wollen. Anschließend greift Nachtwey jedoch sozialpsychologische Überlegungen zum Autoritarismus auf und argumentiert ganz anders: aufgrund einer konformistischen Disposition seien die Autoritären unfähig, ihre Aggressionen gegen die Herrschenden zu richten. Daher würden Aggressionen und Abstiegsängste auf die Fremden übertragen. Beide Erklärungen widersprechen sich. Der Rassismus von Pegida erscheint einerseits als etwas Vorgeschobenes und Uneigentliches, hinter dem sich die Sorge um die eigene gesellschaftliche Stellung und Protest gegen die marktkonforme Demokratie verbirgt, andererseits als sozialpsychologisch zu erklärende Umleitung von Aggressionen und Ängsten auf Fremde. Im ersten Fall sind die Fremden Konkurrenten in einem Verteilungskampf, im zweiten Fall sind sie Projektionsflächen. Entweder das eigentliche Motiv des Rechtspopulismus ist ökonomischer Protest gegen die marktkonforme Demokratie und der Rassismus ist nur ein Mittel in einem Konflikt um gesellschaftliche Ressourcen und Positionen. Oder aber der Rassismus resultiert daraus, dass ökonomisch bedingte Ängste und Aggressionen auf Fremde übertragen werden, weil sie aufgrund einer konformistischen Disposition gerade *nicht* gegen ihr eigentliches Objekt, die marktkonforme Demokratie, gerichtet werden können.

2.3.2 Politische Erklärungen

Der Rechtspopulismus ist ein politisches Phänomen. Er tritt vor allem in Form von Bewegungen und Parteien auf, die politische Forderungen

stellen und politische Macht anstreben. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Politikwissenschaften und die politische Soziologie die ersten Forschungsrichtungen waren, die ihn zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht haben. Politische Erklärungsansätze betrachten den Aufstieg der neuen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen seit den 1980er Jahren als eine Folge des Wandels der liberalen Demokratie, der die Strukturen des politischen Systems, die Parteienlandschaft und die Formen der Repräsentation und des öffentlichen Diskurses grundlegend verändert hat. Oftmals wird dieser Wandel als eine *Krise der Demokratie* beschrieben. Ein wachsender Teil der Bevölkerung fühle sich durch die etablierten Parteien und Politiker*innen nicht mehr vertreten und verliere zunehmend das Vertrauen in die Fähigkeit demokratischer Institutionen, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die Hinwendung zu populistischen Parteien wird vor diesem Hintergrund als Ausdruck politischer Entfremdung gedeutet, als »eine Reaktion auf die nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie« (Jörke/Selk 2017: 13), allen Bürger*innen materielle Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung zu ermöglichen.

Ein zentraler Referenzpunkt in der Diskussion um die Krise der Demokratie ist der von Jacques Rancière (2002) eingeführte Begriff der *Postdemokratie*, der von Colin Crouch (2008) aufgegriffen und zur Grundlage einer umfassenden Gegenwartsdiagnose gemacht wurde. Crouch und andere Theoretiker*innen der Postdemokratie argumentieren, dass sich das System der liberalen Demokratie im Niedergang befindet, nachdem es etwa Mitte des 20. Jahrhunderts seinen Zenit erreicht hatte (Crouch 2008: 7-44). Zwar werden in allen westlichen Staaten nach wie vor Wahlen abgehalten und auch andere formale Merkmale der Demokratie sind noch vorhanden, die demokratische Substanz jedoch droht verloren zu gehen. Diagnostiziert wird eine »Aushöhlung der Demokratie« (Mair 2013), eine »Demokratie ohne Demos« (Rancière 1997) oder die »Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie« (Habermas/Bofinger/Nida-Rümelin 2012: o.S.). Als gesellschaftliche Triebkräfte hinter dieser Entwicklung werden etwa die Deregulierung der Finanzmärkte, eine zunehmende Shareholder-Value-Orientierung

von Unternehmen, der Abbau des Sozialstaates, die Schwächung der Gewerkschaften und eine wachsende soziale Ungleichheit identifiziert (Crouch 2008: 18). Uneinigkeit besteht, ob diese Prozesse als Resultate eines gezielten neoliberalen Umbaus der Gesellschaft oder als Begleiterscheinungen der Modernisierung zu deuten sind (Blühdorn 2019). Was die Folgen für das demokratische System angeht herrscht jedoch weitgehende Übereinstimmung: Während große Teile der Bevölkerung Mitbestimmungsmöglichkeiten verlieren, bauen die Eliten ihre Machtstellung aus und formieren sich zu einem Milieu, das sich zunehmend nach unten abschottet und fast ausschließlich aus sich selbst reproduziert. »Die Abgehobenen« (Hartmann 2018) entfremden sich von den Bürger*innen und werden unempfänglich für ihre Anliegen. Diese wiederum verlieren zunehmend das Vertrauen in demokratische Institutionen und das Interesse an Politik. Das Niveau der politischen Kommunikation sinkt. An die Stelle des rationalen öffentlichen Austausches über politische Positionen und Entscheidungen tritt ein von PR-Profis inszeniertes mediales Spektakel, das auf Vereinfachungen und Personalisierung setzt (Crouch 2008: 30-41). Die Bürger*innen werden dabei als passive Kundschaft adressiert, deren Meinung es möglichst geschickt zu manipulieren gilt. Prinzipien wie Gleichheit und demokratische Mitbestimmung werden nur noch simuliert (Blühdorn 2019).

Als ein zentraler Effekt der neuen Elitenmacht und des Verfalls der Öffentlichkeit wird die Tendenz zur Entpolitisierung des politischen Diskurses angesehen (Crouch 2008: 30-41; Mouffe 2017). Politische Handlungsoptionen werden nicht mehr als Vorschläge dargestellt, zu denen es auch Alternativen gibt, über die öffentlich diskutiert werden sollte, sondern als – oftmals ökonomisch begründete – Sachzwänge, die es unter Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Sozialpartnern und Expertennetzwerken möglichst effizient und konsensuell umzusetzen gilt. Die Politik erscheint dann zunehmend als Verwalterin von Systemimperativen ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Zukunftsvisionen (Cuperus 2017). Das zeigt sich unter anderem daran, dass sich die Programme der etablierten Parteien ebenso wie der Habitus der führenden Politiker*innen im Verlauf

der letzten Jahrzehnte immer mehr angeglichen haben. Katz und Mair (1995) sprechen in diesem Zusammenhang von Kartellparteien, die ihre Macht zunehmend durch Absprachen und Kooperationen untereinander zu stabilisieren versuchen.

Chantal Mouffe (2017, 2018) zufolge ist die Tendenz zur Entpolitisierung tief im (neo-)liberalen Denken verwurzelt. Indem das (neo-)liberale Verständnis der Politik den Konsens in den Mittelpunkt stellt, wird das untilgbar Antagonistische des Politischen – die »primäre Realität des Streits im gesellschaftlichen Leben« (Mouffe 2017: 43) – negiert. Der Konflikt erscheint als ein immer nur vorläufiger Zustand, der mittels Konkurrenz oder Deliberation in einen Konsens überführt werden kann. Dass es prinzipiell unvereinbare Positionen (etwa linke und rechte) geben könnte und dass kollektive Identitäten und Leidenschaften zum politischen Prozess dazugehören, kann im liberalen Paradigma nicht gedacht werden. Der verdrängte Antagonismus kehrt jedoch innerhalb des (neo-)liberalen Diskurses in Form moralischer Kategorisierungen zurück: Ansichten, die vom angeblichen Konsens abweichen, werden nicht als legitime Beiträge anerkannt, sondern als »unvernünftig« oder gar »böse« gekennzeichnet und aus dem Diskurs ausgeschlossen (ebd.: 11f.). Für Nancy Fraser (2017) erklärt sich die bisherige Stabilität des Neoliberalismus aus der Verbindung zweier scheinbar gegensätzlicher Elemente. Die ökonomischen Konzepte des Neoliberalismus, die von der politischen Rechten stammen (Finanzialisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Freihandel usw.), seien nur durchsetzbar gewesen, weil sie mit einem »progressiven« Programm kombiniert wurden, das die Ideen der politischen Linken und insbesondere der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Anti-Rassismus, Ökologiebewegung, LGBTQIA+-Bewegung usw.) aufnahm und auf eine einseitige, liberal-meritokratische Weise interpretierte. Erst auf diesem Weg verschaffte sich das ökonomische Regime des Neoliberalismus die Attraktivität und Legitimität, die es benötigte, um hegemonial werden zu können.

Der Rechtspopulismus, so die geteilte Grundannahme der politischen Erklärungsansätze, stellt eine Reaktion auf den gegenwärtigen Wandel westlicher Demokratien dar, der von vielen Autor*innen als

krisenhaft beschrieben wird, weil zentrale demokratische Versprechen immer weniger eingehalten werden. Jedoch bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, welcher Art diese Reaktion ist. Grob lassen sich hier zwei Varianten unterscheiden:

Eine Reihe von Autor*innen argumentiert, dass ein wesentlicher Impuls des (Rechts-)Populismus darin besteht, das Prinzip der Volkssouveränität einzuklagen (Canovan 1999, 2005), welches durch die Mechanismen der Postdemokratie unterlaufen wurde (Jörke/Selk 2018, 2017: 51-79). Dass dabei insbesondere Rechtspopulist*innen ein nationales »Wir« anrufen, wird aus dem Umstand erklärt, dass der Nationalstaat die einzige Institution ist, in deren Rahmen demokratische Mechanismen verankert sind und funktionieren (Streeck 2017; Merkel 2017). Zudem sei die nationale Identität der einzige kollektive Bezugspunkt politischen Handelns, der in einer pluralistischen und individualisierten Welt noch übrig sei (Crouch 2016b: 151). Für Chantal Mouffe besteht die Anziehungskraft des Rechtspopulismus darin, dass er eine Alternative zum schlechten post-politischen Konsens des hegemonialen Neoliberalismus darstellt. Als gesellschaftliche Kraft, die Volkssouveränität einfordert, Leidenschaften mobilisiert und kollektive Identifikationsangebote macht, ist er nichts Geringeres als eine Artikulation des Politischen (Mouffe 2005, 2018: 27-29). Im Rückgriff auf gemeinsam mit Ernesto Laclau (Laclau/Mouffe 2006) entwickelte Überlegungen argumentiert Mouffe, dass das Wesen des Politischen in der Konstruktion antagonistischer Kollektive besteht (vgl. auch Laclau 2018). »Um politisch zu handeln, müssen Menschen sich mit einer kollektiven Identität identifizieren können, die ihnen eine aufwertende Vorstellung ihrer selbst anbietet.« (Mouffe 2017: 36) Die diskursive Konstruktion eines politischen Kollektivs läuft über eine Wir/Sie-Unterscheidung. Durch die Abgrenzung von einem politischen Gegner können verschiedene Forderungen und Identitäten durch Äquivalenzketten verbunden und in einem Signifikanten – einer Idee oder politischen Führungsfigur – symbolisch repräsentiert werden. Um Äquivalenzen zwischen unterschiedlichen Anliegen herstellen zu können, muss das verbindende Element, das die Identität des eigenen Kollektivs repräsentiert, inhaltlich notwendig vage sein – ein

leerer Signifikant (Laclau 2018: 69-72). Die Identifikation der Einzelnen mit dem Kollektiv erfolgt daher auch nicht aus rationalen Gründen, sondern affektgetrieben. Der Populismus erscheint bei Mouffe und Laclau weniger als eine spezifische politische Ideologie, sondern als ein Grundmodus des Politischen (vgl. Laclau 2018: xi), der immer dann relevant wird, wenn es einer bestehenden hegemonialen Konstellation nicht gelingt, die Bedürfnisse größerer Bevölkerungsteile zu befriedigen. Die Pointe dieser Argumentation besteht darin, den Erfolg des Populismus aus seiner inhaltlichen Unbestimmtheit zu erklären. Die Menschen unterstützen ihn nicht, weil er kollektive Interessen oder konkrete Forderungen vertritt, sondern weil sich die unterschiedlichsten Anliegen in seiner Rhetorik wiedererkennen lassen. Die zentrale Funktion des Populismus sei es, eine nicht mehr funktionierende hegemoniale Ordnung herauszufordern, indem er den Antagonismus, der dem Politischen zugrunde liegt, wieder aktiviert. Im Grunde handelt es sich bei dem Ansatz von Mouffe und Laclau um eine theoretisch elaborierte Formulierung dessen, was auch die Rede von der ›Protestwahl‹ meint: Menschen unterstützen rechte Parteien nicht aus Überzeugung oder aufgrund konkreter Anliegen, sondern um ihre diffuse Wut und Unzufriedenheit mit der etablierten Politik zum Ausdruck zu bringen. Selbst in einer offen rassistischen Agenda vermag Mouffe daher einen demokratischen Impuls zu erkennen, da »Forderungen nach mehr Demokratie [...] auch in einem fremdenfeindlichen Vokabular artikuliert werden« können (Mouffe 2018: 76).

Die zweite Variante einer Erklärung des Rechtspopulismus aus der Krise der Demokratie steht nicht im Widerspruch zur ersten, argumentiert aber stärker inhaltlich. Im ›Rechtsruck‹ komme mehr zum Ausdruck als Protest oder ein diffuser Wunsch nach Veränderung und mehr Demokratie. Vielmehr sind es bestimmte Gruppen, die ihre Interessen und Sichtweisen über die Unterstützung des Rechtspopulismus repräsentiert sehen wollen. Die Überlegung lautet, dass durch die Annäherung der etablierten Parteien in einer neoliberalen ›Mitte‹ sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums *Repräsentationslücken* entstanden seien, die von (rechts)populistischen Parteien genutzt werden können. Diese ›Mitte‹ ist den linken Wähler*in-

nen ökonomisch zu rechts, den rechten Wähler*innen kulturell zu links. Beide Gruppen werden zum Rekrutierungsfeld des Rechtspopulismus.

Die These einer *Repräsentationslücke rechts* besagt, dass sich konservativ eingestellte Milieus von den etablierten konservativen Parteien, die gesellschaftspolitisch zunehmend liberale Positionen vertreten, nicht mehr angesprochen fühlen. Sie wenden sich daher nach und nach rechtspopulistischen Parteien zu, deren Angebot ihren Werten und Sichtweisen eher entspricht. Cas Mudde (2016b, 2018: 88-93) argumentiert, dass in allen westlichen Demokratien ein stabiles Potential von Wähler*innen mit rechten bis sehr rechten Einstellungsmustern vorhanden sei. Dabei handele es sich nicht um *normale Pathologien*, also regelmäßig auftretende Abweichungen von demokratischen Werten, sondern um eine Radikalisierung bestimmter allgemein geteilter Werte und in diesem Sinne um eine *pathologische Normalität*. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien beruhe darauf, dass sie als einzige politische Kraft weiterhin Themen wie Einwanderung und innere Sicherheit besetzen, die von den Parteien der ›Mitte‹ zunehmend vernachlässigt werden. Die These eines konstanten rechten bis rechtsextremen Potentials in der Bevölkerung kann im deutschen Kontext durch die Befunde der *Mitte-Studien* (Decker/Brähler 2018) und der Studienreihe *Deutsche Zustände* (Heitmeyer 2011) gestützt werden.

Häufiger als die Repräsentationslücke auf der rechten wird die These einer *Repräsentationslücke im linken politischen Spektrum* diskutiert. Da sich in diesem Strang der Rechtspopulismus-Debatte vor allem Sozialwissenschaftler*innen zu Wort melden, die sich selbst in der politischen Linken verorten, zeichnen sich viele Beiträge durch einen Gestus aus, den man als eine Mischung aus Selbtkritik und politischem Weckruf beschreiben könnte. Die Linke – insbesondere in Gestalt der sozialdemokratischen Parteien – habe, durch ihre Hinwendung zum ökonomischen und kulturellen Neoliberalismus, ihre Stammklientel im Stich gelassen und trage eine entscheidende Mitverantwortung für den Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien, denen es gelungen sei, sich als »neue Arbeiterparteien« zu profilieren (vgl. etwa Jörke/Nachtwey 2017; Sablowski/Thien 2018).

Einen zentralen Referenzpunkt in der deutschsprachigen Debatte um das ›Versagen der Linken‹ im Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus stellte Didier Eribons soziologisch-autobiographischer Essay *Rückkehr nach Reims* (2016) dar. Eribon geht am Beispiel seiner eigenen Familie der Frage nach, warum sich große Teile der französischen Arbeiterklasse, die über Jahrzehnte die Kommunistische Partei und gelegentlich die Sozialisten gewählt hatten, in den 1980er Jahren dem *Front National* zuwandten. Ausschlaggebend sei der Wandel der linken Parteien gewesen:

»Es kam zu einer regelrechten Metamorphose des Ethos und der intellektuellen Koordinaten. Nicht mehr von Ausbeutung und Widerstand war die Rede, sondern von ›notwendigen Reformen‹ und einer ›Umgestaltung‹ der Gesellschaft. Nicht mehr von Klassenverhältnissen oder sozialem Schicksal, sondern von ›Zusammenleben‹ und ›Eigenverantwortung‹.« (Eribon 2016: 120)

Insbesondere die Sozialisten hätten Schritt für Schritt die Ansichten neokonservativer Ökonomen übernommen und schließlich eine Politik betrieben, die gegen die Interessen der Arbeiter*innen gerichtet war. Eribon gelangt schließlich zu dem Urteil, dass

»man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politischer Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denjenigen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.« (Ebd.: 124)

Eine ähnliche Kritik formuliert der Philosoph Richard Rorty bereits Ende der 1990er Jahre am Beispiel der US-amerikanischen Linken. Unter Clinton und Carter hätte sich die Demokratische Partei von den Gewerkschaften und der Umverteilungspolitik losgesagt und sich ›in ein steriles Vakuum [begeben], das sie die ›Mitte‹ nannte.‹ (Rorty 1999: 84) Dieser Politikwechsel sei im Kontext einer allgemeinen Akademisierung und einer damit einhergehenden *Kulturalisierung* der Linken zu sehen. Die Hinwendung zu Fragen der Kultur und Identität bei gleichzeitiger

Abkehr von ökonomischen Problemstellungen sei in der Theorie vorbereitet worden:

»Die Erben der neuen Linken der sechziger Jahre haben in den Hochschulen eine kulturelle Linke geschaffen. Viele ihrer Vertreter spezialisieren sich auf eine sogenannte ›Politik der Differenz‹ oder ›der Identität‹ oder ›der Anerkennung. Diese kulturelle Linke beschäftigt sich mehr mit dem Stigma als mit dem Geld, mehr mit tiefliegenden und verborgenen psychosexuellen Motiven als mit prosaischer und offensichtlicher Habsucht.« (Ebd.: 74f.)

Die kulturalisierte Linke sei nicht mehr in der Lage, die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit und Unsicherheit zu thematisieren: »Es ist, als könnte sich die amerikanische Linke immer nur auf eines konzentrieren – als müßte sie die Stigmatisierungen ignorieren, um sich auf die Wirtschaft zu konzentrieren, oder umgekehrt.« (ebd.: 80f.) Die Kritik an einer kulturalistisch und akademisch orientierten Mittelschichtslinken wird gegenwärtig vor allem mit dem Stichwort »Identitätspolitik« verbunden (vgl. dazu kritisch Dowling/Dyk/Graefe 2017). Der Vorwurf, dass sich die Linke heute mehr für Kultur und Identität als für ökonomische Ungleichheit, mehr für die Belange von Minderheiten als für diejenigen der Arbeiterklasse interessiere, wird dabei häufig durch die These ergänzt, dass feministische und antirassistische Forderungen durch den Neoliberalismus vereinnahmt worden seien.

Der Wandel der Linken folgt jedoch nicht einfach einer intellektuellen oder politischen Mode, sondern hat strukturelle Ursachen, wie Jörke/Nachtwey (2017) am Beispiel der Sozialdemokratie zeigen. Mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems und der zunehmenden Globalisierung der Geld-, Waren- und Arbeitsmärkte entfallen die Grundlagen nationaler keynesianischer Wirtschaftspolitik. Im Zuge von Tertiarisierungsprozessen schrumpft die Industriearbeiterschaft, die lange Zeit die Stammklientel sozialdemokratischer Parteien bildete. Durch die Segmentierung der Arbeitsmärkte verlieren die Gewerkschaften an Einfluss. Die sozialdemokratischen Parteien versuchen auf das Schwinden ihrer gesellschaftlichen Machtbasis zu reagieren, indem sie

sich den neuen Mittelschichten zuwenden, die vor allem aus akademisch ausgebildeten Angestellten in Dienstleistungsberufen bestehen und postmaterialistische Wertorientierungen aufweisen. Gleichzeitig erfolgt eine Öffnung gegenüber neoliberalen Konzepten insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik. Maßnahmen wie die Kürzung von Sozialausgaben, die Privatisierung des öffentlichen Sektors, Steuersenkungen für Unternehmen und die Rekommodifizierung des Arbeitsmarktes, begleitet von einer disziplinierenden Sozialpolitik des »Forderns und Förderns«, werden von sozialdemokratischen Parteien mitgetragen oder sogar – wie im Falle Deutschlands – maßgeblich vorangetrieben. Die alte Arbeiterschaft und ›Modernisierungsverlierer‹ wie die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten fühlen sich von den sozialdemokratischen Parteien nicht mehr repräsentiert. Da es auch die neuen Parteien des linken Spektrums (neue Linksparteien, grüne Parteien) aufgrund ihrer Mittelschichtorientierung nicht schaffen, diese Gruppen für sich zu gewinnen, wird die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien zu einer naheliegenden Option (Jörke/Nachtwey 2017: 174). Laut Nachtwey und Jörke handelt es sich dabei nicht nur um Protest, sondern um eine inhaltlich begründete und in diesem Sinne rationale Entscheidung. Denn die rechtspopulistischen Parteien verabschieden sich zunehmend von ihrer ehemals neoliberalen Programmatik und bauen verstärkt sozialdemokratische und sozialprotektionistische Elemente in ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik ein (ebd.: 178–181; vgl. auch Adorf 2017). Goodhart (2017: 72) bringt die Entwicklung auf eine lapidare Formel: »populism is the new socialism.«

Kritik der politischen Erklärungsansätze

Viele der Autor*innen, die sich dem Idealtyp einer politischen Erklärung zurechnen lassen, tendieren zu einer vorsichtig abwägenden und mitunter sogar wohlwollenden Bewertung des Rechtspopulismus – sei es, weil sie in ihm, trotz aller problematischen Aspekte, einen demokratischen Impuls erkennen; sei es, weil sie annehmen, dass er vor allem von ursprünglich links orientierten Milieus unterstützt wird, die

mit ihren ökonomischen Anliegen von den linken Parteien im Stich gelassen wurden. Dabei wird am Rechtspopulismus oftmals weniger das ›rechte‹ als vielmehr das ›populistische‹ Element betont: die Forderung nach Volkssouveränität und die Kritik an Eliten. Beides, so der Tenor vieler Beiträge, seien demokratisch legitime Anliegen. Bei allen ›Gefahren‹ und ›Risiken‹, die vom Rechtspopulismus ausgehen, werden immer auch die ›Chancen‹ und positiven Effekte hervorgehoben. (Rechts-)populistischer Protest ließe sich als »nützliches Korrektiv« (Decker 2017: 46) verstehen, als ein

»Moment unmittelbarer Demokratie [...], das repräsentative Strukturen belebt, einer erstarnten Demokratie wieder neues Leben einhaucht, für die Inklusion sich ausgeschlossen fühlender Gruppen sorgt, eine höhere Responsivität der politischen Eliten erzwingt und schließlich womöglich gar breite und nachhaltige neue Konsensbildungen auf umstrittenen Politikfeldern einleitet.« (Vorländer/Herold/Schäller 2016: 146f.)

Auch könne der Populismus durch »neue unkonventionelle und spontane Formen von Partizipation [...] verhindern, dass Rechtspopulismus in Rechtsextremismus umschlägt.« (Beyme 2018: 12)

Die rechtspopulistische Elitenkritik wird von vielen Autor*innen als *realistisch* angesehen und als grundsätzlich legitim erachtet. Im Einklang mit der Postdemokratie-Diagnose wird davon ausgegangen, dass die Eliten tatsächlich von den Werten und Bedürfnissen der breiten Bevölkerung entfremdet seien und in vielerlei Hinsicht eine Politik gegen deren Interessen betreiben. Die Forderung nach Volkssouveränität, etwa durch mehr »direkte Demokratie«, sei eine verständliche Reaktion. Andere Autor*innen stellen hingegen die demokratische Legitimität der (rechts-)populistischen Elitenkritik und ihrer Berufung auf das Volk in Frage. Jan-Werner Müller (2016) und Michael Wildt (2017) weisen darauf hin, dass die Idee des Volkes, insbesondere im deutschsprachigen Rechtspopulismus, dem liberal-rechtsstaatlichen Demokratieverständnis widerspricht. In der liberalen Konzeption existiert das Volk immer nur »im Plural« (Habermas zitiert nach Müller 2016: 19); der Wille des Volkes wird als etwas verstanden, das über Mehrheiten bei Wahlen und

andere Prozesse der Repräsentation erst konstruiert werden muss, wobei Grundrechte und Gewaltenteilung dafür sorgen, dass auch die Interessen von Minderheiten gewahrt bleiben. Im (Rechts-)Populismus erscheint das Volk hingegen als ein vorpolitisch gegebenes Kollektivsubjekt mit einem ebenso feststehenden wie evidenten Willen, der von der Politik nur noch artikuliert und umgesetzt werden muss. Indem er allen anderen Parteien vorwirft, gegen den Volkswillen zu handeln, präsentiert sich der (Rechts-)Populismus als dessen einziger legitimer Vertreter. Müller (2016: 42-53) beurteilt ihn aufgrund dieses antipluralistischen Alleinvertretungsanspruchs als anti-liberal und anti-demokatisch.

Die Beobachtung, dass sich der herrschende politische Diskurs oftmals post-politischer Argumentationsmuster bedient und mit Verweis auf Sachzwänge die Alternativlosigkeit der bestehenden Ordnung propagiert, trifft sicherlich einen wesentlichen Zug der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellation. Auch dass es bei den Eliten zu einer zunehmenden sozialen Schließung kommt, lässt sich empirisch gut belegen (vgl. Hartmann 2018). Daraus auf eine neue Qualität der ›Abgehobenheit‹ von Eliten und einen allgemeinen Niedergang der Demokratie zu schließen ist jedoch nicht überzeugend. Die Postdemokratie-Diagnosen beruhen auf einer schablonenhaften und verklärenden Darstellung der Vergangenheit. Jan-Werner Müller spricht mit Verweis auf Wolfgang Merkel (2015) sogar davon, dass »die Vorstellung von einem goldenen Zeitalter der Demokratie in Westeuropa eine mehr oder weniger bewusste Geschichtsklitterung« darstellt (Müller 2016: 103):

»Die These, früher hätten Bürger mehr partizipiert; die Idee, einst hätte es viel mehr Handlungsspielraum für die Politik gegeben; die Annahme, in der Vergangenheit seien die eindeutig identifizierbaren Wünsche der Wähler von den Parteien schnurstracks umgesetzt worden, sobald sie Regierungsverantwortung übernahmen – all dies ist empirisch höchst fragwürdig.« (Ebd.: 103f.)

Das eigentliche Problem der politischen Erklärungsansätze ist jedoch theoretischer Natur. Denn selbst wenn ein objektiver oder subjektiv wahrgenommener Verfall demokratischer Mitbestimmung nachgewie-

sen werden könnte, wäre die These, dass der Rechtspopulismus eine Antwort auf diese Entwicklung darstellt, bestenfalls teilweise plausibel. Es ist hier ähnlich wie bei der ökonomischen Argumentation: Während die Kritik an (politischen) Eliten und der Wunsch nach Volkssouveränität durch das Erklärungsmuster abgedeckt scheinen, bleibt weitgehend unklar, warum ein tatsächlicher oder wahrgenommener Mangel an demokratischer Teilhabe dazu führen sollte, sich gegen Migrant*innen, den Islam, Minderheiten und die Gleichstellung von Frauen und LG-BTQIA+ zu richten. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus passen auch hier nicht ins Erklärungsschema und werden in den entsprechenden Publikationen daher bestenfalls am Rande erwähnt. Die verschiedenen Varianten politischer Erklärungen umgehen das Problem auf unterschiedliche Weise. Die Protestwahl-These behauptet, die Motive für die Unterstützung des Rechtspopulismus seien primär negativ, etwa diffuse Gefühle von Wut und Angst oder eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Status Quo. Die These von der Repräsentationslücke links hingegen besagt, dass der Rechtspopulismus zwar aus bestimmten inhaltlichen Gründen unterstützt werde, diese aber vor allem ökonomischer und sozialer Natur seien. Die rechtspopulistischen Parteien, die als einzige politische Kraft wohlfahrtsstaatliche und sozialprotektionistische Positionen vertreten, seien sowohl für Arbeiter*innen als auch für »Globalisierungsverlierer« wie prekär Beschäftigte und Arbeitslose eine attraktive und rationale Wahl (Jörke/Nachtwey 2017). Beide Erklärungsvarianten können zwar zugestehen, dass sich in den rechtspopulistischen Programmen auch rassistische und sexistische Inhalte finden, sehen diese aber nicht als entscheidende Mobilisierungsfaktoren. Die ausschlaggebenden Motive der Anhänger*innen seien Protest oder Interesse. Die Unterstützung des Rechtspopulismus sei ein Akt der »Notwehr« (Eribon 2016) derjenigen, die keine andere Wahl mehr haben, ein »politischer Hilferuf« (Baumel 2017) in verzweifelter Lage. Es wird also angenommen, dass es, was die ›rechten‹ Inhalte betrifft, keine wesentlichen Übereinstimmungen zwischen Partei und Gefolgschaft gibt.

Die Protestwahl- und Notwehr-These in all ihren Schattierungen ist weder theoretisch noch empirisch überzeugend und wirkt darüber

hinaus mindestens verharmlosend, wenn nicht apologetisch (vgl. kritisch Dowling/Dyk/Graefe 2017). Insbesondere die Diskussion um das »Versagen« der linken Parteien ist fragwürdig. Zwar ist es richtig, dass sich die etablierten mitte-links und mitte-rechts Parteien in den letzten Jahrzehnten inhaltlich immer mehr angenähert haben.⁷ Auch dass die sozialdemokratischen Parteien ihr inhaltliches Profil in den letzten Jahrzehnten stark verändert und wirtschaftsliberale Reformen und repressive Maßnahmen durchgesetzt haben, die sich gegen die Interessen ihrer alten Stammklientel richten, ist nicht von der Hand zu weisen. Das Erstarken des Rechtspopulismus auf eine Repräsentationslücke zurückzuführen ist dennoch nicht besonders plausibel. Denn zum einen wurde die Lücke, die die Sozialdemokratie hinterlassen hat, in vielen politischen Systemen von anderen (z.T. neu gegründeten) linken Parteien ausgefüllt, von denen viele weiterhin sozialdemokratische Konzepte verfolgen und von denen einige, wie *Podemos* in Spanien und *Syrisz*a in Griechenland, auch politische Erfolge verbuchen konnten. In den nord- und mitteleuropäischen Ländern sind diese Parteien aber marginal geblieben; es ist ihnen nicht gelungen, im gleichen Umfang Wähler*innen zu mobilisieren wie die Rechtspopulist*innen. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass sich eine im weitesten Sinne linke, gegen materielle Not oder gar gegen den Kapitalismus gerichtete Stimmungslage auch außerparlamentarisch – etwa in Form von Protesten, Streiks und Initiativen sozialer Selbstorganisation – manifestieren würde, so sie denn vorhanden wäre. Dass in Nord-, Mittel- und Osteuropa nichts dergleichen geschehen ist, spricht dafür, dass es nicht an linken Angeboten mangelt, sondern schlicht an einem linken Bewusstsein.⁸ Inzwischen gibt es einige Studien, die zeigen, dass sexistische

7 In den USA lässt sich allerdings eine entgegengesetzte Tendenz beobachten. Dort haben sich Demokraten und Republikaner seit den 1960er Jahren inhaltlich immer weiter voneinander entfernt.

8 Hier kann allenfalls Frankreich als Ausnahme gelten, wo es zuletzt eine große Zahl an Streiks, Massendemonstrationen und sozialen Bewegungen gab. Bei der bekanntesten Protestbewegung der jüngeren Zeit, den »Gelbwesten«, war die politische Ausrichtung uneindeutig.

und rassistische Einstellungsmuster bei der rechtspopulistischen Anhänger*innenschaft weit verbreitet sind (Schaffner/Macwilliams/Nteta 2018; Schröder 2018; Schwarzbözl/Fatke 2016). Alles spricht dafür, dass die Rechtspopulist*innen von der Mehrheit ihrer Anhänger*innen nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Aussagen zu Migrant*innen, Frauen und Minderheiten gewählt werden.

Deutlich plausibler als die These vom ökonomisch motivierten Protest, der sich aufgrund des fehlenden linken Angebots nach rechts wendet, ist die Annahme, dass in großen Teilen der Bevölkerung bereits ein autoritäres Potential vorhanden war, welches durch die neuen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen aktiviert und politisiert wurde. Zum einen gibt es Hinweise darauf, dass auch in links orientierten Milieus und Wähler*innengruppen autoritäre, rassistische und sexistische Einstellungsmuster verbreitet sind (»working class authoritarianism«, vgl. Lipset 1959). Zum anderen fühlen sich viele rechte Wähler*innen von den etablierten konservativen Parteien, die in den letzten Dekaden zunehmend liberaler geworden sind, nicht mehr repräsentiert. Der Erfolg des Rechtspopulismus wäre dann der Unfähigkeit der konservativen Parteien zuzuschreiben, ihren rechten Rand zu integrieren. Gleichzeitig ist die Vorstellung einer konstanten rechten »Nachfrage«, die nun einfach ein neues »Angebot« sucht, zu statisch. Die neuen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen schließen nicht nur eine Lücke. Sie artikulieren nicht Positionen, die vor 30 Jahren noch von liberal-konservativen Parteien vertreten worden waren, sondern stehen in vielen grundlegenden Punkten deutlich weiter rechts. Vom etablierten staatstragenden Konservatismus der Nachkriegsära unterscheiden sie sich insbesondere durch den *revoltierenden* Impuls, der sich gegen die Eliten und die bestehende institutionelle Ordnung richtet.

2.3.3 Kulturelle Erklärungen

Ein dritter Erklärungsstrang geht von der Beobachtung aus, dass sich der Rechtspopulismus weniger durch spezifische ökonomische oder politische Forderungen charakterisieren lässt, sondern vielmehr um Themen der Identität und Kultur kreist (Rensmann 2017: 124),

die häufig mit starken Affekten verknüpft sind. »Die Geschichte des Populismus ist [...] eher eine Geschichte der Angst, des Ressentiments und des Zorns als eine Geschichte des sozioökonomischen Niedergangs. Es ist ein Ringen um Identität, um soziale Anerkennung und um Status« (Cuperus 2017: 154). Auch wenn ökonomische Faktoren eine Rolle spielen mögen, so sei der Populismus doch »hauptsächlich ein kulturelles Phänomen.« (ebd.: 155) Die Vertreter*innen kultureller Ansätze beleuchten Aspekte, die in den politischen und ökonomischen Erklärungsansätzen aufgrund der oben erläuterten rationalistischen Grundannahmen nicht thematisiert werden: die Eigendynamik und der affektive, identitätsstiftende Gehalt rechtspopulistischer Weltbilder, die sich etwa in der Verzerrung und Verleugnung empirischer Tatsachen und wissenschaftlicher Erkenntnisse zeigen oder in dem »große[n] Paradox« (Hochschild 2017: 25) zum Ausdruck kommen, dass sich Menschen auch dann an ihnen orientieren, wenn sie damit ihren eigenen Interessen zuwiderhandeln.

Zu den kulturellen Erklärungen lassen sich zunächst einmal eine Reihe von recht allgemeinen Thesen und Argumenten zählen, die immer wieder in Texten auftauchen, ohne aber weiter ausgeführt und in einen größeren theoretischen Kontext gestellt zu werden. Dazu zählt etwa die Annahme, dass beschleunigter kultureller Wandel Verunsicherungen und Ängste auslöse und den Wunsch nach Orientierung und Heimat erzeuge, was dem Rechtspopulismus mit seinen kollektiven Identitätsangeboten und »einfachen Antworten« in die Hände spiele. Eine andere Überlegung besagt, dass die globalisierte Kultur und die zunehmende Migration lokale und regionale Eigentümlichkeiten und Traditionen verschwinden lässt und bei vielen Menschen die Angst vor Identitätsverlust hervorruft (vgl. etwa Spier 2006: 49).

Ein deutlich elaborierterer Ansatz, der in der Debatte ausführlich diskutiert wurde, interpretiert das Erstarken des Rechtspopulismus als Ausdruck einer *kulturellen Spaltungslinie*, eines sich seit langem herausbildenden Konfliktes zwischen zwei gesellschaftlichen Großgruppen. Die beiden Teile der Bevölkerung, die sich gegenüberstehen, unterscheiden sich dabei nicht primär in ihren ökonomischen Interessen, sondern vor allem in ihren kulturellen Orientierungen: »The

old distinctions of class and economic interest have not disappeared but are increasingly over-laid by a larger and looser one – between the people who see the world from Anywhere and the people who see it from Somewhere.» (Goodhart 2017: 3) Die Weltbilder und Wertorientierungen von *Somewheres* und *Anywheres* oder – wie sie im deutschsprachigen Diskurs häufig genannt werden – *Kommunitaristen* und *Kosmopoliten* (vgl. etwa Merkel 2017) sind, so die Annahme, klar voneinander abzugrenzen und stehen sich zunehmend unvereinbar gegenüber. Die Anywheres/Kosmopoliten seien in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich zunehmend dominant geworden; das Erstarken des (Rechts-)Populismus könne vor diesem Hintergrund als eine Gegenreaktion der kulturell entwerteten und verunsicherten Somewheres/Kommunitaristen betrachtet werden.

Die Kosmopoliten zeichnen sich durch eine hohe formale Bildung und eine hohe Mobilität aus (Goodhart 2017: 5, 23f.) und lassen sich sozialstrukturell vor allem in der neuen akademischen Mittelklasse verorten, die häufig in den urbanen Zentren lebt und im Feld der Wissens- und Kulturökonomie beschäftigt ist (Reckwitz 2017: 274). Die Kommunitaristen hingegen sind im Schnitt weniger gebildet, weniger mobil (Goodhart 2017: 3; Merkel 2017: 301) und leben eher in peripheren und ländlichen Regionen. Goodhart schätzt auf Grundlage von Meinungs-umfragen, dass die Gruppe der Anywheres etwa 20 bis 25 Prozent und die Somewheres etwa 50 Prozent der britischen Bevölkerung ausmachen. Etwa 25 bis 30 Prozent ließen sich keiner der beiden Gruppen eindeutig zuordnen (Goodhart 2017: 4). Reckwitz zufolge machen die neuen akademischen Mittelklassen mit ihren kosmopolitischen Lebensstilen etwa ein Drittel der Gesellschaft aus, während die alten Mittelklassen und die neue Unterkasse jeweils ein weiteres Drittel bilden (Reckwitz 2017: 275).

Das Weltbild der kosmopolitischen Anywheres charakterisiert Goodhart als progressiven Individualismus, dessen oberste Handlungsmaximen Leistung und Selbstverwirklichung darstellen. Anerkannt werden vor allem Identitätsmerkmale, die durch eigene Bildungs- und Berufserfolge erworben wurden (Goodhart 2017: 3), während zugeschriebene Gruppenidentitäten und der Bezug auf Tradition und

Nation kaum eine Rolle spielen (ebd.: 5). Unabhängigkeit, Mobilität und Werte wie Authentizität, Diversität und Offenheit werden geschätzt; die Grundhaltung gegenüber Geschlecht, Sexualität und Minderheiten ist egalitär (Reckwitz 2017: 275). Mit Blick auf die Globalisierung und den Status des Nationalstaates werden offene Grenzen und die freie Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Menschen befürwortet (Merkel 2017: 301). Der soziale Wandel wird allgemein begrüßt, der Blick in die Zukunft ist optimistisch.

Die kommunitaristischen Somewheres definieren sich stärker über lokale, regionale oder nationale Herkunft und Tradition als über erworbene Identitätsmerkmale. Familie, Gemeinschaft und Sicherheit stellen für sie zentrale Werte dar, während viele Aspekte des ökonomischen und kulturellen Wandels wie Massenmigration, zunehmender Leistungsdruck, die Entwertung nichtakademischer Bildung und die Aufweichung von Geschlechterrollen als problematisch oder bedrohlich empfunden werden (Goodhart 2017: 5). Entsprechend blicken sie pessimistisch in die Zukunft und neigen zu einer nostalgischen Idealisierung der Vergangenheit. Goodhart (ebd.: 6) bezeichnet die Weltansicht der Somewheres als »decent populism«: konservativ, kommunitaristisch, moderat nationalistisch. Zwar gäbe es unter den Somewheres auch Menschen mit stark autoritären oder rassistischen Ansichten, diese »Hard Authoritarians« seien aber nur eine Minderheit von etwa fünf bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerung (ebd.: 25, vgl. auch 31f., 44f.).

Die Vertreter*innen des Spaltungslinien-Ansatzes betonen, dass der Gegensatz zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten nicht neu ist, dass sich jedoch das numerische Gewicht der beiden Gruppen verändert hat. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts waren kommunitaristische Werte und Weltbilder gesamtgesellschaftlich prägend, wurden dann aber durch den Aufstieg der neuen akademischen Mittelklassen und dem damit einhergehenden Kulturwandel zunehmend in Frage gestellt. Zu den gesellschaftlichen Ursachen dieser Entwicklung zählen vor allem die Bildungsexpansion und der Strukturwandel hin zu einer postindustriellen Wissens- und Kulturokonomie (Reckwitz 2017: 279). Inzwischen ist die neue Mittelklasse, obwohl sie zahlenmäßig noch immer eine Minderheit darstellt, gesellschaftlich dominant geworden.

Ihre Angehörigen besetzen die einflussreichsten Positionen in Politik und Kultur und sichern ihre Macht durch Prozesse sozialer Schließung (Goodhart 2017: 36, vgl. auch Hartmann 2018). Entsprechend ist ein Großteil der politischen Entscheidungen und der Beiträge in Kultur und Medien von einer kosmopolitischen Sichtweise geprägt, während die Ansichten und Bedürfnisse der Somewheres kaum Gehör finden (Goodhart 2017: 6, 26). Hinzu kommt, dass sich der kosmopolitische Lebensstil zu einem gesellschaftlichen Ideal erklärt, an dem sich auch die Bevölkerungsgruppen messen lassen müssen, die ihm entweder nicht entsprechen können oder nicht entsprechen wollen. Nicht nur die Lebensstile der Unterschicht, die als ungesund und unproduktiv gelten, sondern auch die Lebensstile der alten Mittelschichten werden entwertet. Verglichen mit den Ansprüchen an Selbstverwirklichung, Authentizität und Weltoffenheit gelten ihre Lebensentwürfe als durchschnittlich, provinziell und spießig, ihre Ansichten als rückwärtsgewandt, irrational oder rassistisch (ebd.: 32).

Vor dem Hintergrund der diagnostizierten Kosmopolitenherrschaft wird der erstarkende Rechtspopulismus als kulturelle Gegenoffensive der Kommunitaristen gedeutet. Inglehart und Norris (2016) sprechen von einem »cultural backlash«. Der Wandel von materialistischen Werten zu postmaterialistischen Selbstverwirklichungswerten war nie so allgemein wie zunächst angenommen. Nach Ignazi (2016) wurde die »silent revolution« schon seit den 1980er Jahren von einer »silent counter revolution« begleitet, die in einem konservativen Zeitgeist und den periodischen Wahlerfolgen der damals neu entstandenen rechtspopulistischen Parteien zum Ausdruck kam. Der gegenwärtige Erfolg des Rechtspopulismus ist die Manifestation einer schon lange vorhandenen kulturellen Strömung, die erst jetzt in vollem Umfang sichtbar werde (Rensmann 2017).

Hier schließt die Frage an, inwieweit die neuen Medien, insbesondere das Internet und Social Media, zur Verbreitung und zur stärkeren Sichtbarkeit rechtspopulistischer Inhalte beitragen und von rechtspopulistischen Akteur*innen für die Mobilisierung ihrer Anhängerschaft genutzt werden. Einige Autor*innen verweisen auf eine grundlegende Affinität zwischen der Logik der Massenmedien und der Logik popu-

listischer Kommunikation (Alvares/Dahlgren 2016; Meyer 2006). Nicht zuletzt aufgrund des verschärften Wettbewerbs um Leser*innen, Zuschauer*innen oder Klickzahlen neigen Massenmedien dazu, Sachverhalte zu personalisieren, zu vereinfachen und zu emotionalisieren und Skandale und politische Konflikte als Themen zu bevorzugen. Das kommt dem Rechtspopulismus entgegen, der in seiner Rhetorik auf die gleichen Mechanismen setzt. Eine weitere Überlegung lautet, dass die sozialen Medien eine neue Form von Öffentlichkeit darstellen, in der professionelle Gatekeeper wegfallen. Die technische Infrastruktur des Internets und neue mediale Formate haben es enorm erleichtert, Inhalte zu produzieren und einem Publikum zugänglich zu machen. Es entsteht eine digitale Gegenöffentlichkeit, in der nun auch Positionen, die vom liberalen Mainstream abweichen, platziert und weiterverbreitet werden. Die Anonymität und Flüchtigkeit des virtuellen Raumes befördert eine Enthemmung der Kommunikation und führt zu einer Zunahme sprachlicher Gewalt (Kaspar/Gräßer/Riffi 2017). Mit Begriffen wie Filterblase und Echokammer verbindet sich die These, dass die digitalen Öffentlichkeiten dazu neigen, aus dem Weltgeschehen nur die Ereignisse und Informationen auszuwählen, die in das eigene jeweilige Weltbild passen, und sich auf diese Weise selbst zu radikalisieren.

Auch Cornelia Koppetsch (2019)⁹ sieht im Rechtspopulismus vor allem eine kulturelle Gegenbewegung gegen die kosmopolitische Hege monie, geht allerdings nicht davon aus, dass sich seine Unterstützer*innen einfach mit der Gruppe der Kommunitaristen gleichsetzen lassen. Vielmehr seien sie sowohl in Milieus mit hohem wie mit niedrigem ökonomischem und kulturellem Kapital anzutreffen. Man müsse also von

9 Die *Gesellschaft des Zorns* von Cornelia Koppetsch wurde kurz nach Erscheinen mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert. Eine Untersuchungskommission der TU Darmstadt hat diese Vorwürfe inzwischen untersucht und konnte verschiedene Formen von Plagiaten nachweisen. Koppetschs Überlegungen werden hier dennoch diskutiert, da ich sie zum einen in ihren Kernaussagen für eigenständig halte; zum anderen wurde Koppetsch vor Bekanntwerden der Vorwürfe intensiv rezipiert und hat die Debatte um den Rechtspopulismus mitgeprägt. Sie steht daher exemplarisch für ein bestimmtes Argumentationsmuster.

einer »zusammengesetzten Konfliktlinie« (Koppetsch 2019: 104) ausgehen, die sich aus kulturellen wie materiellen Motiven speist. Gemeinsam sei den rechtspopulismusaffinen Milieus, so Koppetschs These, die Erfahrung sozialer Abwärtsmobilität (Koppetsch 2017, 2019: 123-148). Zu ihrer Analyse greift sie, angelehnt an Pierre Bourdieu, auf den Begriff der Deklassierung zurück, der neben beruflichen oder finanziellen Positionsveränderungen auch Veränderungen des gesellschaftlichen Status und der kulturellen Geltung erfassen soll. Von Deklassierungserfahrungen können nicht nur Individuen, sondern auch Gruppen und ganze Klassenfraktionen betroffen sein. Entscheidend ist, von welcher sozialräumlichen Position aus die Deklassierung erfolgt, wie sich die aktuelle Position darstellt und welche weiteren Veränderungen für die Zukunft erwartet werden. Eine solche dynamische und relationale Perspektive betrachtet jedoch nicht nur einzelne Gruppen, sondern nimmt alle Positionsveränderungen im gesellschaftlichen Gesamtgefüge in den Blick. So kann etwa auch dann von einer Deklassierungserfahrung gesprochen werden, wenn eine Gruppe zwar objektiv keine Ressourcen einbüßt, andere Gruppen jedoch aufsteigen, indem sie an politischer Macht, kultureller Geltung oder ökonomischem Wohlstand gewinnen.

Aus der kollektiven Deklassierungserfahrung, die Koppetsch zufolge alle rechtspopulismusaffinen Milieus eint, resultiert ein Phänomen, das sie in Anschluss an Bourdieu als »Hysteresis«-Effekt bezeichnet (Koppetsch 2019: 143-145). Die verinnerlichten Dispositionen, Haltungen und Einstellungen, die den Gruppen-Habitus ausmachen, verlieren durch den gesellschaftlichen Wandel an Geltung und werden dysfunktional, lassen sich jedoch aufgrund ihrer charakteristischen Trägheit nicht ohne weiteres ändern. Es kommt zu einer Schockerfahrung, auf die mit dem Versuch reagiert wird, die eigenen Werte und Sichtweisen aufrechtzuerhalten. Es entsteht der Wunsch, die Bedingungen wiederherzustellen, die dem eigenen Habitus entsprechen. In diesem Sinne können die vom Rechtspopulismus geführten Auseinandersetzungen

»als symbolische Klassenkonflikte, d.h. als Konflikte um Deutungshoheiten und gesellschaftliche Gestaltungsspielräume gedeutet werden. Dabei wird sichtbar, dass Rechtspopulisten ein vertikales Bünd-

nis zwischen den konservativen Fraktionen in Ober-, Mittel- und Unterschicht gegen die Dominanz der kosmopolitischen Milieus stifteten.« (ebd.: 123)

Affekttheoretische und sozialpsychologische Erklärungsmodelle

Die Identitäten, Wertorientierungen und Lebensstile, die nach Auffassung der kulturellen Erklärungsansätze im Zentrum rechtspopulistischer Diskurse stehen, sind mit starken Affekten verbunden. Die emotionssoziologischen und sozialpsychologischen Beiträge, die diese affektive Dimension untersuchen, lassen sich daher den kulturellen Ansätzen zuordnen. Pankaj Mishra (2017) spricht davon, dass das rationalistische Paradigma vom Menschen als einem interessegeleiteten Akteur nicht ausreicht, um diese neue affektive Qualität in der Politik zu verstehen. Dort werde übersehen, dass Gefühle wie Furcht und Angst und Faktoren wie Würde, Ehre, Identität, der Wunsch nach Stabilität und die »hartnäckigen Freuden der Opferrolle« (Mishra 2017: 177) beim Aufstieg von politischen Strömungen wie dem Rechtspopulismus eine zentrale Rolle spielen. Um die aktuelle Situation zu verstehen, sei es nötig, das »Denken wieder im Bereich der Triebe und Affekte zu verankern.« (ebd.: 178) Im Folgenden sollen zwei in der gegenwärtigen Diskussion viel rezipierte sozialpsychologische Erklärungsmodelle skizziert werden, die die affektiven Grundlagen und Dynamiken des Rechtspopulismus zu erhellen beanspruchen: die Theorie des Ressentiments und die Theorie des Autoritarismus.

Der Begriff des *Ressentiments* geht auf Friedrich Nietzsche zurück und wurde von Max Scheler (2017) ausgearbeitet. In der aktuellen emotionssoziologischen und sozialpsychologischen Diskussion um den Rechtspopulismus bildet er einen zentralen Referenzpunkt. Auch Koppetsch greift ihn auf: die Deklassierungsprozesse, die Individuen oder Gruppen durchlaufen, erzeugen Scham- und Neidgefühle, die jedoch häufig unterdrückt werden und nicht an die Öffentlichkeit gelangen (Koppetsch 2019: 149-174). Einer der zentralen Gründe dafür ist, dass Deklassierungen häufig als selbstverschuldetes individuelles Scheitern interpretiert werden. Wenn sich die Ohnmachts- und

Unterlegenheitsgefühle verfestigen, die der Scham und dem Neid zugrunde liegen, kann sich eine ganz eigene psychische Dynamik entfalten (ebd.: 150-167). Um sich vor weiteren Kränkungen zu schützen, bilden Individuen Abwehrmechanismen aus. Das Ressentiment kann Koppetsch zufolge als ein solcher Abwehrmechanismus verstanden werden. Weil das Individuum an seiner unterlegenen sozialen Position in der Realität nichts verändern kann, verlagert es den Kampf auf die symbolische Ebene, indem es eine umfassende Umwertung vornimmt. Eigenschaften, die an anderen zuvor als Stärke und Überlegenheit beneidet wurden, werden nun zu Schwächen umdefiniert, alles zuvor Begehrte wird entwertet und kritisiert. Durch diesen Prozess der Umwertung können der Neid und der Hass auf die Anderen aufgegeben und die eigene Ohnmacht und Niederlage, zumindest eine Zeit lang, ausgeblendet werden. Jedoch entfaltet das Ressentiment eine eigene Dynamik und neigt dazu, sich zu einer allgemeinen Systemkritik zu erweitern (ebd.: 152f.). Denn dass die Anderen trotz ihrer schlechten Eigenschaften hohe soziale Positionen einnehmen, verleitet zu der Schlussfolgerung, dass mit der Gesellschaft als Ganzer etwas nicht stimmen kann. Die eigene Schlechterstellung scheint unmittelbar aus der ungerechtfertigten Bevorzugung und dem unverdienten Status der Anderen hervorzugehen. Auf diese Weise transformiert sich der ursprüngliche Neid in einen Hass auf die Anderen, die direkt oder indirekt für die eigene Schlechterstellung verantwortlich sein sollen.

Das zweite, vielrezipierte sozialpsychologische Modell zum Verständnis von Emotionen und Affekten im Rechtspopulismus ist der *Autoritarismus*. Er geht zurück auf die zwischen 1930 und 1950 von den Mitgliedern des *Instituts für Sozialforschung* durchgeföhrten Untersuchungen zum Verhältnis von Autorität, Familie und Charakterstruktur, deren bekanntesten Teil die *Studien zum autoritären Charakter* darstellen (Adorno 1995). Im Hintergrund dieser Forschungen stand die Frage, was Menschen dazu bewegt, freiwillig ihre Autonomie aufzugeben und sich irrationalen und (selbst-)destruktiven Bewegungen wie dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus anzuschließen. Mithilfe einer an der freudschen Psychoanalyse orientierten Sozialpsychologie wurde die These formuliert, dass die Bereitschaft, sich der Herrschaft

eines autoritären Kollektivs zu unterwerfen, auf der Verinnerlichung gesellschaftlicher Autoritäten während der Sozialisation beruht.

Das Verhältnis zur Autorität ist von Beginn an ambivalent; der Autoritarismus stellt eine bestimmte Weise dar, mit dem Ambivalenzkonflikt umzugehen. Einerseits identifiziert sich das Kind mit der gesellschaftlichen Autorität, also den gesellschaftlichen Werten und Normen, die im Kontext der patriarchalen Kleinfamilie vor allem durch den Vater repräsentiert wurden und erhält darüber eine soziale Position und Teilhabe an gesellschaftlicher Macht, anderseits erfordert diese Identifikation die Unterdrückung gesellschaftlich nicht akzeptierter Wünsche und Triebregungen. Sie müssen, zusammen mit der Frustration der Versagung und der Aggression gegen die repressive Autorität, im Sozialisationsprozess verdrängt werden. Die verdrängte Aggression verschwindet aber nicht, sondern sucht sich alternative Objekte, typischerweise Einzelne oder Gruppen, die von den Normen der Eigengruppe abweichen.

Eine der aktuell prominentesten Weiterentwicklungen des Autoritarismuskonzepts im deutschsprachigen Raum stammt von Oliver Decker und Kolleg*innen, die nicht mehr von einem autoritären Charakter, sondern von einem autoritären Syndrom sprechen (Decker 2018: 51). Damit soll betont werden, dass der Autoritarismus sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt, die typischerweise zusammen auftreten, dabei aber jeweils unterschiedliche Konstellationen und Dynamiken bilden können. Zu den Elementen des autoritären Syndroms zählen autoritäre Unterwürfigkeit, die sich in der Bereitschaft zeigt, der Autorität der Eigengruppe unhinterfragt Folge zu leisten, Konventionalismus im Sinne einer unkritischen Akzeptanz und Übernahme der vorherrschenden Werte und Normen und autoritäre Aggression gegen Fremdgruppen; zwei weitere Elemente sind Verschlossenheit und Verschwörungsmentalität, also die Neigung, an die Existenz dunkler Mächte und Komplotte zu glauben, die im Verborgenen wirken.

Decker und Kolleg*innen vertreten nun die These, dass sich das autoritäre Syndrom historisch gewandelt hat. In der Nachkriegszeit wurde, insbesondere in Deutschland, die Identifikation mit personalen Autoritäten durch die Identifikation mit der nationalen Wirtschafts-

kraft ersetzt. Diese Ablösung der personalen Autorität durch ein abstraktes Ideal bezeichnet Decker (2015) als *sekundären Autoritarismus*. Durch die Identifikation der Deutschen mit der prosperierenden kapitalistischen Ökonomie, wie sie in der Erzählung vom »Wirtschaftswunder« und dem Stolz auf die »Exportweltmeisterschaft« zum Ausdruck kommt, konnte die narzisstische Größenfantasie wiederhergestellt werden, die durch die Kriegsniederlage und das Ende des Nationalsozialismus aufgegeben werden musste. Wenn allerdings, wie in der gegenwärtigen historischen Situation, eine ökonomische Krise droht, kann der sekundäre Autoritarismus in die frühere Form umschlagen: es entsteht dann wieder die Sehnsucht nach der personalen Autorität und nach der Identifikation mit dem Kollektiv.

Kritik der kulturellen Erklärungsansätze

Folgt man dem Ansatz der kulturellen Spaltungslinie, dann bezieht sich das rechtspopulistische Bild der Elite auf die kosmopolitischen Mittelschichten, während die kommunaristischen Milieus, aus denen sich die rechtspopulistische Anhängerschaft rekrutiert, mit dem Volk identifiziert werden. Die Gegenüberstellung von Volk und Elite im rechtspopulistischen Diskurs wäre demnach nichts anderes als eine rhetorisch zugespitzte Darstellung eines tatsächlichen Konflikts zwischen Großgruppen, der die Politik und öffentliche Auseinandersetzung gegenwärtiger Gesellschaften prägt. Die kommunaristische Ablehnung von Migrant*innen und Muslim*innen wird häufig aus einer Art kultureller Überforderung erklärt. Nach Goodhart (2017: 21-23, 117-146), dessen Ausführungen als exemplarisch gelten können, müssen Migrant*innen aufgrund ihrer kulturellen Fremdheit mühsam in die eigene Gesellschaft integriert werden. Zu viel Migration in kurzer Zeit überfordere jede Gesellschaft und führe zu einem zu schnellen Wandel ihrer Identität, der bei vielen Menschen Verunsicherungen und Ängste auslösen könne. Mit Rückgriff auf Robert Putnam argumentiert Goodhart, dass die geteilten Erfahrungen und der Gemeinsinn in einer Gesellschaft Ressourcen darstellen, die Kooperationen im Sinne des Gemeinwohls erleichtern. Ein Übermaß an Einwanderung und ein zu hoher Grad

an ethnisch-kultureller Diversität untergrabe die Familiarität und das wechselseitige Vertrauen und reduziere insbesondere die Bereitschaft zu solidarischen Leistungen im Rahmen sozialstaatlicher Institutionen. Dies sei besonders dann der Fall, wenn Migrant*innen aus Ländern kommen, die dem eigenen kulturell fernstehen: es sei einfacher, einen Australier zu integrieren als einen Afghanen (Goodhart 2017: 21-23). Problematisch an einer solchen Argumentation ist, dass die kollektiven Identitätskategorien des rechten Diskurses einfach übernommen werden. Die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppe wird ebenso vorausgesetzt wie die Vorstellung, dass das Eigene eine Gemeinschaft darstellt, die sich durch Vertrauen und Familiarität auszeichnet. Wie ich weiter unten noch zeigen werde, handelt es sich bei der Gleichsetzung von Gesellschaft und Gemeinschaft jedoch um eine spezifische Deutung des Sozialen, die selbst erklärbungsbedürftig ist. Goodhart und alle, die ähnlich argumentieren, erklären sie aber nicht, sondern schließen sich einfach der vermeintlich kommunitaristischen Sichtweise an. Dadurch tendiert das Erklärungsschema zur Tautologie: Migration verunsichert die Identität der »Einheimischen«, weil Migration die Identität der »Einheimischen« verunsichert.

Eine andere Deutung des Feindbildes der Fremden findet sich bei Koppetsch. Das »Islam- und Migrationsthema« (Koppetsch 2019: 135) ist ihr zufolge als eine »allgemeine symbolische Klammer« zu verstehen, die die unterschiedlichen Fraktionen der rechtspopulistischen Anhängerschaft eint, für diese aber jeweils unterschiedliche Funktionen erfüllt (ebd.: 137-141). Für die konservative Oberschicht ist sie ein Mittel, um durch naturalisierende Festschreibungen gesellschaftliche Hierarchien zu stabilisieren und eigene Privilegien zu verteidigen. Eine analoge Funktion erfüllt nach Koppetsch die Polemik gegen »Gender«, Geschlechtergleichstellung und sexuelle Minderheiten: sie dient der Verteidigung männlicher Privilegien gegen sozial aufsteigende Gruppen. Für die traditionellen Mittelschichten hingegen erfüllt die »Islam- und Migrationskritik« die Funktion, eine identitätsstiftende Gemeinschaft zu behaupten und gegen andere zu verteidigen, wobei die eigene Klassenkultur mit der Nationalkultur (»Volk«) gleichgesetzt wird. Die Ablehnung von Migration und Islam folgt also »der kompensatorischen Logik

der Wiederaufrichtung des Selbstbildes.« (ebd.: 140) Für die Unterklassen hingegen stellt sie ein Mittel dar, um Fremde als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen zu verdrängen.

Koppetsch versteht also die Ablehnung von Migration und Islam als strategisches Mittel der Etablierten im symbolischen Klassenkampf, wobei der Kampf im Falle der Unterschichten nicht nur symbolisch, sondern von klar definierten, materiellen Interessen bestimmt sein soll. Sie übernimmt hier die weiter oben bereits diskutierte ökonomische These, der zufolge sich Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit auf eine Strategie in der Konkurrenz reduzieren lassen. Mit der Rede von der identitätsstiftenden Funktion und der kompensatorischen Logik rechtspopulistischer Weltdeutungen leitet Koppetsch die Betrachtung jedoch auf ein Feld, das neue Fragen aufwirft, nämlich die nach der Rolle von Affekten und Emotionen bei der Konstitution von Identitäten im Rechtspopulismus.

Auch wenn die besondere Bedeutung und Wirkungsweise von Affekten und Emotionen in den rechtspopulistischen Narrativen und Inszenierungen und ihre Rolle bei der Mobilisierung von Unterstützer*innen in der Literatur oft beschrieben wurden, gibt es nur wenige Ansätze, die die grundsätzliche Frage zu klären beanspruchen, *warum* der Rechtspopulismus diese besonders ausgeprägte affektive Dimension aufweist. Zu ihnen zählen die Autoritarismus-Theorie und die Theorie des Ressentiments, die ich oben anhand prominenter Vertreter*innen exemplarisch dargestellt habe. Beide Ansätze versuchen, die rechtspopulistischen Diskurse und Identitätskonstruktionen als Ausdruck affektiver Bedürfnisse und Dynamiken zu deuten. Sie haben damit das Potential, die irrationalen Momente im Verhalten rechtspopulistischer Akteur*innen und ihrer Anhänger*innenschaft, aber auch die phantasmatischen, von der Realität abgekoppelten Anteile rechtspopulistischer Deutungsmuster zu erklären. Allerdings muss festgestellt werden, dass die beiden Ansätze nicht zwischen den zwei dominanten rechtspopulistischen Feindbildern der Elite und der Fremden differenzieren und auch kaum auf die Inhalte der jeweiligen Diskurssegmente eingehen. Die Theorie des Ressentiments scheint mir vor allem auf das rechtspopulistische Elitenbild gemünzt zu sein,

lässt sich jedoch kaum auf die Abwertung der Fremden anwenden. Der Ansatz von Decker und Kolleg*innen konzentriert sich darauf, die narzisstische Identifikation mit dem Eigenen zu erklären und sagt kaum etwas zu den Feinbildern. Wenn Feinbildern im Autoritarismus lediglich die Funktion zukommt, ein Ersatzziel für unterdrückte Aggressionen darzustellen, stellt sich die Frage, warum es in rechts-populistischen Diskursen mehrere *unterschiedliche* Feinbilder gibt. Wie später noch genauer zu zeigen sein wird, unterscheiden sich die Zuschreibungen und Narrative, die sich mit der Elite verbinden, stark von denen, die sich auf die Fremden beziehen. Auch zur spezifischen Geschlechterdimension der Selbst- und Fremdbilder findet sich nichts. Es steht aber zu vermuten, dass sich mit den unterschiedlichen Feinbildern und den komplementären Selbstbildern unterschiedliche Emotionen verbinden und dass ihnen verschiedene affektive oder sozialpsychologische Dynamiken zugrunde liegen. Ich werde darauf zurückkommen (vgl. 4.5).

2.4 Kritik der sozialwissenschaftlichen Rechtspopulismusdebatte

Alle drei Erklärungstypen haben das Problem, dass sie das Feinbild der Fremden, das der gängigen Definition zufolge das eigentliche Spezifikum des Rechtspopulismus ausmachen soll, entweder gar nicht oder nicht befriedigend erklären können. Insbesondere die politischen und ökonomischen Ansätze haben Schwierigkeiten anzugeben, warum sich der Rechtspopulismus, den sie als Protest gegen den Zustand des ökonomischen oder politischen Systems interpretieren, vor allem gegen Migrant*innen, Minderheiten und »den Islam« richtet. Die Versuche, ökonomische Ursachen für die Ablehnung von Migration aufzuzeigen (etwa Manow 2018), übersehen, dass die rechtspopulistische Argumentation gegen die Fremden – auch wenn sie von ökonomischen Aspekten handelt – *immer* auf Annahmen über deren »Kultur« aufbaut, die von der eigenen fundamental verschieden sein soll. Spätestens bei den Diskursen, die von »kultureller Überfremdung«, der »Islamisierung des

Abendlandes« oder von der Verdrängung oder gar Vernichtung des Eigenen handeln (»Der große Austausch«, »White Genocide«, »QAnon«), versagen Erklärungen, die von ökonomischen und politischen Interessen ausgehen. Dasselbe gilt für die Misogynie und den obsessiven Antifeminismus, die integrale Elemente des Rechtspopulismus darstellen. Insgesamt hat man bei vielen der ökonomisch oder politisch argumentierenden Beiträge den Eindruck, dass keine nähere Auseinandersetzung mit den Inhalten rechtspopulistischer Diskurse und Deutungsmuster stattgefunden hat. Die Analysen scheinen oftmals weniger vom Gegenstand auszugehen, sondern diesen vielmehr in bereits vorhandene Erklärungsschemata und Gegenwartsdiagnosen einzufügen.

Die kulturellen Erklärungsansätze, die Werte, Identitäten und Affekte in den Mittelpunkt stellen, sind deutlich näher am Gegenstand. Hier werden Aspekte sichtbar, die bei den polit-ökonomischen Ansätzen aus dem Erklärungsschema herausfallen und deshalb weitgehend ausgeblendet werden. Das gilt insbesondere für die Fragen nach der kulturellen und affektiven Eigendynamik des Rechtspopulismus, die etwa anhand des Verhältnisses zu Rationalität, Wahrheit und ›Fakten‹ (Dyk 2017; Hendricks/Vestergaard 2018) oder anhand des Widerspruchs zwischen affektiver Identifikation und Interesse diskutiert werden (Hochschild 2017). Doch auch wenn die kulturellen Ansätze in ihren Beschreibungen deutlich adäquater sind als die politischen und ökonomischen, so bleiben doch die erklärenden Komponenten oftmals schwach oder fehlen ganz. Globalisierungsprozesse und die Spaltung zwischen kulturellen Globalisierungsgewinnern (»Kosmopoliten«) und -verlierern (»Kommunitaristen«) sind schon seit mehreren Jahrzehnten zu beobachten. Unklar bleibt, warum diese Spaltungslinie gerade in den letzten zehn Jahren auf neue Weise relevant wird und damit politisiert und affektiv aufgeladen werden kann. Woher kommt das neue Identitätsbedürfnis? Woher die neue Qualität der Angst und Feindseligkeit gegenüber den Fremden? Gerade bei dieser letzten Frage zeigt sich bei vielen Autor*innen, die kulturelle Erklärungen vertreten, das Problem, dass die Identitätskategorien, mit denen der Rechtspopulismus operiert, häufig weniger analysiert als unkritisch übernommen werden. Kulturelle Fremdheit und entsprechende ›Überfremdungs-

ängste« werden als erklärende Faktoren herangezogen, ohne dass die zugrundeliegende Unterscheidung von *Eigenem* und *Fremdem* und die sich daran anschließenden Affekte selbst als erkläруngsbedürftig angesehen werden (vgl. etwa Goodhart 2017).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle drei Ansätze ein zentrales Thema des Rechtspopulismus – nämlich die Ablehnung der Fremden (Migrant*innen, Minderheiten oder »des Islam«) – empirisch, vor allem aber theoretisch nur sehr oberflächlich behandeln. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Begriff des Rassismus in der deutschsprachigen Debatte nur eine äußerst marginale Rolle spielt.¹⁰ Bevorzugt werden Begriffe wie Islamfeindlichkeit oder Fremdenangst, welche die Ablehnung der Fremden auf ökonomische Motive oder eine diffuse Angst vor kultureller Fremdheit reduzieren. Wenn von Rassismus die Rede ist, dann zumeist nur rein deskriptiv und ohne theoretische und historische Tiefenschärfe. Bezugnahmen auf die sozialwissenschaftliche Rassismusforschung (Attia 2009; Attia 2018; Balibar 1992; Eickhof 2010; Müller-Uri 2014; Terkessidis 1998) finden sich nur selten.

Zugespitzt ließe sich sagen, dass sich der Mainstream der sozialwissenschaftlichen Debatte – nicht anders als weite Teile der Öffentlichkeit – deutlich stärker für die ›populistische‹ Dimension des Rechtspopulismus interessiert als für die ›rechte‹. Symptomatisch dafür ist die notorische Neigung, selbst dann den allgemeineren Begriff *Populismus* zu bevorzugen, wenn dezidiert rechte Parteien, Bewegungen und Diskurse gemeint sind. Exemplarisch kann hier etwa der von Ernst Hillebrand (2017) herausgegebene Sammelband *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* angeführt werden, der sich, wie der Titel schon sagt, ausschließlich mit dem Rechtspopulismus beschäftigt. Der erste Teil enthält Fallstudien zu rechtspopulistischen Parteien in verschiedenen europäischen Ländern. In den Beiträgen des zweiten und dritten Teils, in denen es um die theoretische Einordnung und politische Bewertung dieser Parteien gehen soll, ist dann aber fast durchgängig nur

¹⁰ In der angelsächsischen Debatte wird sehr viel deutlicher gesehen, dass Rassismus ein entscheidendes Element des Rechtspopulismus und daher zentral für sein Verständnis ist.

noch von *Populismus* die Rede. Auch inhaltlich werden dort vor allem die ›populistischen‹ und weniger die ›rechten‹ Aspekte des Rechtspopulismus behandelt.

Mit der Fokussierung auf die populistische Dimension geht eine weitere Tendenz einher, die problematisiert werden muss. Bei allen drei Erklärungstypen dominiert eine Sichtweise, die ich als *realistische Interpretation* des rechtspopulistischen Elitenbildes bezeichnen möchte. Gemeint ist damit die Annahme, dass die rechtspopulistischen Aussagen über die Eliten – bei aller rhetorischen Zuspitzung – im Wesentlichen adäquate Beschreibungen eines tatsächlichen Fehlverhaltens der Eliten darstellen und dass dieses Fehlverhalten eine, wenn nicht gar die entscheidende Ursache für das Erstarken des Rechtspopulismus ist. Bereits 1994 schreibt der Politikwissenschaftler Hans-Georg Betz, dass die Unfähigkeit der Eliten,

»ein Gefühl von Sicherheit und Wohlstand wiederherzustellen, das ihre Bürger aufgrund beständiger materieller und sozialer Fortschritte in der Nachkriegszeit von ihnen erwarteten, zur Hauptursache von Entfremdung und Zynismus der Wähler geworden [ist]. [...] Dieser Kontext [...] erklärt zumindest teilweise Aufstieg und Erfolg des rechtsextremen Populismus in Westeuropa.« (Betz zitiert nach Wodak 2016: 25)

Was Betz noch relativ vorsichtig formuliert, hat sich in der gegenwärtigen Debatte zu einer der geläufigsten Deutungsschablonen entwickelt. Für Cuperus (2011: 170) etwa ist klar, dass die »Loslösung der Eliten [...] einer der Hauptgründe für den Vormarsch des Populismus« ist. Für Karin Priester ist Populismus »das Ergebnis einer gestörten Kommunikationsbeziehung [sic!] zwischen Eliten und Volk« (Priester 2007: 25). Er entstehe bei »zu abrupter Modernisierung, auf die die politischen Eliten nicht adäquat reagieren«, was auf »Ineffizienz und Inkompetenz« zurückzuführen sei (ebd.: 25). Auch für Michael Hartmann ist der »Aufstieg des Rechtspopulismus« im Wesentlichen »eine Antwort auf das Elitenverhalten« (Hartmann 2018: 26), womit er die herrschende neoliberalen Politik der letzten Dekaden meint, die Ungleichheit und soziale Unsicherheit hervorgebracht habe. In der Unterstützung des Rechtspo-

pulismus komme vor allem Protest gegen diese Zustände zum Ausdruck (ebd.: 214-232).

Die realistische Interpretation spricht der rechten Elitenkritik ein mehr oder weniger großes Maß an Berechtigung zu. In einigen Beiträgen schimmert Sympathie für bestimmte Anliegen durch, in anderen wird die rechtspopulistische Rhetorik direkt übernommen. Wenn etwa Wolfgang Streeck (2017: 271) über die auch von ihm pejorativ als »kommunistisch« charakterisierte Elite schreibt, dass deren »antinationale Umerziehungsmaßnahmen von oben [...] einen antielitären Nationalismus von unten« hervorrufen und dieser »Widerstand« berechtigt sei, weil die Elite die »Gesellschaft wirtschaftlich und moralisch unter Auflösungsdruck« setzt, ist das kaum noch vom Duktus der populistischen Rechten zu unterscheiden.

Was in der realistischen Interpretation ausgeblendet wird, sind die phantasmatischen und paranoiden Züge des rechtspopulistischen Elitendiskurses. Wie ich zeigen werde (vgl. 3.2), wird der Elite im rechtspopulistischen Diskurs nicht nur vorgeworfen, dass sie schlechte Politik macht oder dass die Ansichten des Volkes in den Medien unterrepräsentiert sind; vielmehr wird sie als eine homogene und übermächtige Gruppe imaginiert, die aus letztendlich diabolischen Motiven und in heimlicher Komplizenschaft mit den Fremden darauf hinarbeitet, *das Eigene zu vernichten*. Verschwörungsmythen wie der »Große Austausch« und »QAnon«, die auch von prominenten Politikern wie Alexander Gauland und Donald Trump kolportiert werden, sind dabei nur der sichtbarste Ausdruck einer projektiv-wahnhaften Tendenz, die große Teile des rechtspopulistischen Diskurses über die Elite durchzieht und die mit Verweis auf das tatsächliche Fehlverhalten von Eliten kaum erklärt werden kann.

